



Landeskonzferenz 2025

NATURFREUNDE FÜR FRIEDEN UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

Anträge



Landeskonferenz 2025

**NATURFREUNDE FÜR FRIEDEN
UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT**

Anträge

für die 47. ordentliche Landeskonferenz der NaturFreunde Württemberg
am 17./18. Mai 2025 in Reichenbach an der Fils



Übersicht über die Anträge

- **Leitantrag**A 5
Antragsteller*innen: Landesvorstand Naturfreunde Württemberg
Antrag: NaturFreunde für Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt

- **Basisantrag**A 9
Antragsteller*innen: Landesvorstand NaturFreunde Württemberg
Basisantrag: Leitbild der NaturFreunde Württemberg – Für das stehen wir!

- **Politische Anträge 1**A 11
Antragsteller*innen: Landesvorstand der NaturFreunde Württemberg
Antrag: Die Friedensfrage als eines der wichtigsten Themen in unserer Zeit

- **Politische Anträge 2**A 18
Antragsteller*innen: Landesvorstand der NaturFreunde Württemberg
Ein Positionspapier: NaturFreunde gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

- **Politische Anträge 3**A 20
Antragsteller*innen: Fachbereich Global, erweiterter Landesvorstand
Antrag: Unser Beitrag zu Klimagerechtigkeit

- **Politische Anträge 4**A 23
Antragsteller*innen: Landesjugendvorstand
Antrag: Demokratieschutz- Gemeinsam für eine gleichberechtigte, solidarische und freie Zukunft!

- **Politische Anträge 5**A 25
Antragsteller*innen: Landesjugendvorstand
Antrag: Queere Rechte stärken

- **Unsere Organisation 1**A 26
Antragsteller*innen: Arbeitsgemeinschaft der NaturFreunde in Baden-Württemberg
Antrag: Vorbereitung eines möglichen Zusammenschlusses der Landesverbände Baden und Württemberg

- **Unsere Organisation 2**A 27
Antragsteller*innen: Naturfreundejugend Württemberg, , erweiterter Landesvorstand
Antrag: Nachhaltiger Klimaaktivismus - Unsere Stärke liegt in der Gemeinschaft.

- **Unsere Organisation 3**A 29
Antragsteller*innen: Ortsgruppe Schwaikheim
Antrag: Schnuppermitgliedschaft auch auf Ortsgruppenebene

- **Unsere Organisation 4**A 30
Antragsteller*innen: Ortsgruppe Schwaikheim
Antrag: Werbung in der Zeitschrift NaturfreundIn für Schnuppermitgliedschaft auch auf Ortsgruppenebene



- **Unsere Organisation 5** **A 31**
 Antragsteller*innen: Fachgruppe Stärkenberatung
 Antrag: Ergänzung der Verbandsstruktur, neue Wege Denken!
 Zusätzliches Element der Unselbstständigen Gruppe (UG)
- **Unsere Organisation 6** **A 33**
 Antragsteller*innen: Landesjugendvorstand
 Antrag: Fördermittelakquise - notwendige Arbeit zur Stabilisierung des Verbandshaushaltes
- **Unsere Organisation 7** **A 34**
 Antragsteller*innen: Landesjugendvorstand
 Antrag: NaturFreund*in sein, heißt Vielfalt und Inklusion zu leben
- **Umwelt 1** **A 39**
 Antragsteller*innen: Fachbereich Umwelt Naturfreunde Württemberg, erweiterter Landesvorstand
 Antrag: Wie weiter nach dem vorläufigen Scheitern des Volksantrags „Ländle leben lassen!“?
 NaturFreunde gegen den weiter fortschreitenden Flächenverbrauch! Mit Anhang.
- **Umwelt 2** **A 40**
 Antragsteller*innen: Fachbereich Umwelt Naturfreunde Württemberg, erweiterter Landesvorstand
 Antrag: Keine Privatisierung der Wasserversorgung
- **Umwelt 3** **A 42**
 Antragsteller*innen: Fachbereich Umwelt Naturfreunde Württemberg, erweiterter Landesvorstand
 Antrag: Klimaanpassung durch Reform des Wasserhaushaltsrechts
- **Umwelt 4** **A 44**
 Antragsteller*innen: Fachbereich Umwelt Naturfreunde Württemberg, erweiterter Landesvorstand
 Antrag: Beteiligung der Bürgerschaft und der kommunalen Gremien an der Wärmewende in Baden-Württemberg
- **Satzungsänderungen 1, Neuer Artikel 5** **A 46**
 Antragsteller*innen: Naturfreundejugend Württemberg, erweiterter Landesvorstand
- **Satzungsänderungen 2, Artikel 14** **A 47**
 Antragsteller*innen: Landesvorstand der NaturFreunde Württemberg
- **Satzungsänderung 3, Artikel 14** **A 48**
 Antragsteller*innen: Landesjugendvorstand Württemberg
- **Satzungsänderungen 4, Artikel 16** **A 49**
 Antragssteller*innen: Landesvorstand der NaturFreunde Württemberg



Mit den Änderungen in Zeile 78 und 79 (rot) wurde der Antrag bei einer Enthaltung beschlossen.

Leitantrag

1 **Antragssteller*innen: Landesvorstand Württemberg**

2 **Antrag: NaturFreunde für Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt**

- 3 • Die NaturFreunde treten dafür ein, dass alle Menschen dieser Erde in Frieden und sozialer Ge-
4 rechtigkeit leben und sich entwickeln können.
5 • Für die NaturFreunde gehören die soziale Emanzipation und der Schutz der Natur untrennbar zu-
6 sammen.

7 Davon sind wir heute weiter entfernt denn je. Zwar hat der Wohlstand in den letzten hundert Jahren
8 deutlich zugenommen, allerdings ist er äußerst ungleich verteilt. Die Schere zwischen Arm und Reich
9 geht weltweit immer weiter auseinander.

10 Statt auf die eigentlichen Ursachen hinzuweisen (s.u.) werden in der Öffentlichkeit Migrant*innen/
11 Geflüchtete als Verursachende dargestellt. Dadurch wird nur erreicht, dass Probleme wie steigende
12 Mieten, Inflation, schlechte Infrastruktur und vor allem der Klimaschutz in den Hintergrund gedrängt
13 und nicht angesprochen werden. Dies wiederum führt zu einer steigenden Unzufriedenheit in der Be-
14 völkerung und unterminiert den gesellschaftlichen Zusammenhalt immer mehr.

15 **Bildungsbereich:**

16 Der Mangel an pädagogischen Fachkräften, marode Schulen und gestrichene Fördermaßnahmen ver-
17 stärken die in Deutschland stark ausgeprägte Abhängigkeit des Schulerfolgs von sozialer Herkunft. Die
18 Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021 zeigen zudem, dass der enge Zusammenhang zwischen dem
19 Lernerfolg und der sozialen Herkunft der Kinder noch einmal zugenommen hat. Diese Entwicklung
20 ist offenbar nicht allein durch die pandemiebedingten Schulschließungen zu erklären, die mit einem
21 hohen Einfluss des Elternhauses auf die Lernfortschritte der Schüler*Innen einhergingen, sondern
22 entspricht einem längerfristigen Trend.

23 Ein schwieriger Einstieg in die Arbeitswelt und damit kein gesichertes Einkommen sind oft das Ergeb-
24 nis einer unzureichenden schulischen und auch kulturellen Bildung. Dies führt dann auch zu einem
25 erhöhten Armutsrisiko, weil eine gute Ausbildung fehlt.

- 26 • Die NaturFreunde Württemberg fordern wie die Bildungsgewerkschaft GEW ein Sondervermögen
27 von 100 Milliarden Euro für den Bildungsbereich. Uns geht es um eine dauerhafte Finanzierung
28 eines gerechten, inklusiven und zukunftsfähigen Bildungssystems in Deutschland, das von der
29 frühkindlichen Bildung (z.B. Sprachförderung) bis zur Hochschule reicht.

30 **Gesundheitssystem und Pflegebereich:**

31 Die Ökonomisierung in diesem Bereich führt zu massenhaften Klinikschließungen und Ausdünnung
32 der medizinischen Versorgung. Die Pandemie hat die Probleme und Lücken des Gesundheitssektors
33 deutlich zu Tage treten lassen. Wir sind auf dem Weg in eine Zweiklassenmedizin. Das zeigt z.B. der
34 Unterschied bei der Terminfindung für Kassen- oder Privatpatient*innen.

35 Auch bleibt die Aufmerksam-keit für die soziale Ungleichheit von Gesundheitschancen (z. B. unter-
36 schiedliche Lebenserwartung je nach sozialem Status) nach wie vor deutlich hinter der gesellschaft-
37 lichen Bedeutung des Problems zurück.

38 Auch die Nachlässigkeit, mit der politische Entscheidungstragende auf Umweltbelastungen (Verkehr,
39 Lärm, Luftschadstoffe) reagieren, ist ein Hinweis darauf, dass die Bereitschaft zur Schaffung gesund-
40 heitsgerechter Lebensverhältnisse bei Weitem nicht so groß ist, wie es die Gefährdung der Gesund-
41 heit durch diese Belastungen verlangen würde.

- 41
42 • Die NaturFreunde Württemberg fordern als Alternative zum gegenwärtigen Dualismus der Kran-
43 kenversicherungssysteme die Einführung einer Versicherung für Alle. Konzepte für eine Bürgerver-
44 sicherung werden von den Parteien Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD unterstützt,
45 sowie vom DGB und einigen Sozialverbänden. Kernelement ist die Forderung, dass die
46 gesamte Wohnbevölkerung zu denselben Bedingungen in einer gemeinsamen
47 Krankenversicherung zusammengefasst wird.



- 48 • Sowohl im Gesundheits- als auch im Pflegebereich fehlt es an Personal. Dies erfordert neben
49 einer besseren Bezahlung auch bessere Arbeitsbedingungen.
50 • Darüber hinaus ist eine Reform der Pflegeversicherung bzw. der Finanzierung von Pflege dringend
51 erforderlich, mit dem Ziel alle Einkommensarten in die Finanzierung mit einzubeziehen.

52 **Infrastruktur, Energie und Verkehr:**

53 Die Klimaziele können ohne Verkehrswende nicht erreicht werden! Der Bahn kommt dabei eine
54 besondere Rolle zu. Damit Deutschland seine Klimaziele erreichen und den zunehmenden (Güter-)
55 Verkehr bewältigen kann, muss mehr Verkehr auf die Schiene verlagert werden. Das marode Schie-
56 nennetz kann seine Aufgabe für zuverlässigen und klimagerechten Transport nicht erfüllen. Auch das
57 Straßennetz und dazugehörige Brücken sind in einem schlechten Zustand.

58 Mehr als 13 Milliarden Euro - so viel hat der deutsche Staat im vergangenen Jahr durch die CO₂-Steu-
59 er auf Heizöl, Gas und Benzin und durch den europäischen CO₂-Emissionshandel für die Indust-
60 rie eingenommen. Zwar werden diese Abgaben erst einmal bei Ölfirmen, Stromkonzernen und Indus-
61 trieunternehmen fällig, aber über höhere Preise zahlen sie am Ende die Bürger*innen. Eigentlich
62 sollte dieses Geld in Form eines pro Kopf ausgezahlten Klimageldes an sie zurückfließen.

63 Verbraucher-, Sozialverbände und Klimaschutzorganisationen, aber auch die meisten Ökonom*innen
64 halten ein Klimageld für sinnvoll. Denn so wichtig der CO₂-Preis mit Blick auf das Klima ist, so unge-
65 recht ist er mit Blick auf die Verteilungswirkung. Ärmere Haushalte verursachen im Schnitt weniger
66 CO₂, weil sie im Durchschnitt in kleineren Wohnungen wohnen, weniger oft in den Urlaub fahren und
67 insgesamt weniger konsumieren als reichere Haushalte. Gleichzeitig geben sie einen deutlich größe-
68 ren Anteil ihres Einkommens für das Heizen aus.

- 69 • Die NaturFreunde Württemberg fordern die Einführung eines Klimageldes.
70 • Versuche, die Wasserversorgung oder andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge zu privatisie-
71 ren, müssen eindeutig zurückgewiesen werden
72 • Die Energie-/Wärmewende muss weiter zügig und sozialverträglich vorangetrieben werden.

73 **Wohnen:**

74 Der soziale Wohnungsbau wurde sträflich vernachlässigt, Wohnungen zu bezahlbaren Mieten zu
75 finden, wird für große Teile der Bevölkerung immer schwieriger oder sogar unmöglich. Das immer
76 wieder vorgebrachte Argument „der Markt werde es schon richten“ hat sich als grandiose Fehlein-
77 schätzung erwiesen.

- 78 • **Ein Mietpreisdeckel und verstärkte Anstrengungen der öffentlichen Förderung des genossenschaftli-**
79 **chen und gemeinwohlorientierten Sozialwohnungsbaus sind deshalb dringend erforderlich.** Außer-
80 dem sollten Vermietende verpflichtet werden, leerstehenden Wohnraum dem Wohnungsmarkt zur
81 Verfügung zu stellen oder sind entsprechend hoch mit Steuern zu belegen
82 • Die Kosten für die energetische Sanierung und die ‚Wärmewende‘ dürfen nicht den Mietenden
83 aufgebürdet werden. Nur eine sozial gerechte Lösung führt zur Akzeptanz der notwendigen Maß-
84 nahmen zur Erreichung der Klimaziele im Sektor Gebäude.

85 **Sozialstaat:**

86 Die Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip unserer Verfassung sichern allen Menschen, die
87 dauerhaft in Deutschland leben, das soziokulturelle Existenzminimum zu. Bürgergeld erhalten Men-
88 schen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen decken können, als Transferzahlung
89 nach dem SGB II. Es sichert ein Leben in Würde und ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe,
90 das nicht in Frage zu stellen ist.



91 Die in der öffentlichen Auseinandersetzung transportierten Bilder von mutmaßlich faulen Bürger-
92 geldbeziehenden, die sich mit staatlichen Leistungen ein schönes Leben machen, verkennen die Le-
93 benswirklichkeit von Grundsicherungsbeziehenden. Zudem polarisiert und gefährdet die Tonalität der
94 politischen Auseinandersetzung unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade in Zeiten multipler
95 Krisen darf es nicht darum gehen das verfassungsrechtlich gesicherte Existenzminimum polemisch zu
96 diskreditieren und damit die Gesellschaft weiter zu spalten.

97 • Auf Bürgergeld/Grundsicherung besteht ein Rechtsanspruch. Dennoch verzichten nicht wenige
98 Menschen, z.B. aus Scham oder Überforderung, mit der Antragsstellung auf diese Leistungen,
99 obwohl sie ihnen eigentlich zustünden. Hier müssen Bürokratiehürden weiter abgebaut werden.
100 Dies betrifft auch dem Bürgergeld vorgelagerte Sicherungssysteme, z.B. Wohngeld und Kinderzu-
101 schlag, die Menschen in Anspruch nehmen können, um gerade nicht in das unterste Sicherungs-
102 netz zu fallen.

103 **Gerechte Besteuerung:**

104 In Deutschland gibt es eine extrem ungerechte Vermögenskonzentration – das reichste Prozent be-
105 sitzt ein Drittel des Gesamtvermögens. Steuerprivilegien für (Super-)Reiche tragen zur Konzentration
106 von Vermögen und Macht bei Wenigen bei. Eine gerechte Besteuerung großer Vermögen würde nicht
107 nur dringend benötigte finanzielle Spielräume schaffen, sondern auch der wachsenden sozialen Un-
108 gleichheit und ihren fatalen Folgen für die Demokratie entgegenwirken.

109 Die Anzahl der Milliardär*innen nimmt zu, gleichzeitig bleibt die Armut in Deutschland mit 16,6% auf
110 einem inakzeptabel hohen Niveau und die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge verfallen
111 zunehmend. In 90 Minuten stoßen die reichsten 50 Milliardär*innen mehr CO₂ aus als der weltweite
112 Durchschnitt in seinem ganzen Leben, rechnet Oxfam vor. Das reichste 1 Prozent stößt mehr Emissio-
113 nen aus, als die gesamte untere Hälfte der Weltbevölkerung.

114 Eine Vermögenssteuer ist ein längst überfälliger Schritt: Eine Mindeststeuer von zwei Prozent für Mul-
115 timillionär*innen und Milliardär*innen könnte allein in Deutschland bis zu 28 Milliarden Euro mobili-
116 sieren. Geld, das in klimafreundliche Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft
117 investiert werden kann.

118 Konkrete Forderungen sind für uns NaturFreunde:

- 119 • Entlastung unterer und mittlerer Einkommen, höhere Besteuerung der Top-Verdiener
- 120 • Kapitalerträge steuerlich nicht begünstigen
- 121 • Höheres Kindergeld und Kindergrundsicherung
- 122 • Geschlechtergerechte Besteuerung, Frauenerwerbstätigkeit fördern, Ehegatt*innen-Splitting ab-
123 schaffen
- 124 • Rentenbesteuerung vereinfachen und Doppelbesteuerung verhindern
- 125 • Progressive Vermögenssteuer auf Multimillionenvermögen
- 126 • Privatjets und Superjachten deutlich höher besteuern bzw. verbieten
- 127 • Erbschaftsteuer ohne Begünstigung reicher Unternehmenserb*innen
- 128 • Finanztransaktionssteuer
- 129 • Besserer Steuervollzug, Stärkung der Finanzverwaltung.



130 Frieden, Klimaschutz und internationale Solidarität statt Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit:

131 Für uns NaturFreunde gibt es keine Alternative zu Frieden, Klimaschutz und internationaler Solidari-
132 tät. Wir brauchen Frieden mit Menschen und Natur.

133 Das geplante gigantische Aufrüstungsprogramm wird unweigerlich zu Einsparungen führen, die das
134 alltägliche Leben der allermeisten Menschen betreffen werden. Es steht zu befürchten, dass dadurch
135 gesellschaftliche Verwerfungen entstehen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt immer wei-
136 ter unterhöhlen. Ganz zu schweigen von den Gefahren für die Demokratie durch das Erstarken der
137 rechtsextremen und faschistischen Kräfte.

138 Rüstung und Krieg sind für immense Klimaschäden verantwortlich. Klimaschäden, die zum größten
139 Teil vom globalen Norden zu verantworten sind, aber deren Auswirkungen den globalen Süden hart
140 treffen.

141 **Adressat*innen:**

142 Bundesregierung

143 Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags mit folgenden
144 Änderungen:

145 Zeile 78 und 79: Ein Mietpreisdeckel und verstärkte Anstrengungen öffentlicher Förderung des
146 genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten Sozialwohnungsbaus sind deshalb dringend er-
147 forderlich.

148 Erweiterung der Adressat*innen um: Bundestagsfraktionen, Landesregierung und Landtagsfraktio-
149 nen.

150	<u>Abstimmung:</u>	ja	nein	Enthaltung
-----	---------------------------	-----------	-------------	-------------------



Antrag wurde bei zwei Enthaltungen beschlossen.

Basisantrag

1 **Antragssteller*innen: Landesvorstand Württemberg**

2 **Basisantrag: Leitbild der NaturFreunde Württemberg - Für das stehen wir!**

3 Die NaturFreunde Württemberg sind ein Verband mit einem gesellschaftspolitischen Programm,
4 unsere zentralen Werte sind Solidarität und Gerechtigkeit. Wir verknüpfen soziale Anliegen und den
5 Umwelt- und Naturschutzgedanken mit dem Ziel die natürlichen Lebensgrundlagen auch für nach-
6 folgende Generationen zu erhalten. Die NaturFreunde Württemberg beziehen sich auf die 17 UN-
7 Nachhaltigkeitsziele von 2016. Für uns steht der Begriff Nachhaltigkeit für eine Zukunftsvision, in der
8 wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft mit sozialer Gerechtigkeit sowie ökologischer Verträglichkeit
9 verbunden ist und Wachstumszwänge überwindet. Unserer Arbeit, unseren Positionen und unserem
10 Handeln liegt dementsprechend ein Leitbild zugrunde:
11

Unser Leitbild – Für das stehen wir!

12 Die NaturFreunde Württemberg sind als Umwelt-, Kultur- und Freizeitorganisation den Idealen des
13 demokratischen Sozialismus verpflichtet. Hierbei fordern und fördern wir die Schaffung einer Gesell-
14 schaft, in der kein Mensch aufgrund von kultureller oder sozialer Herkunft, politischer Überzeugung,
15 Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Behinderung, des Aussehens, des Alters oder des Glau-
16 bens wegen benachteiligt wird und in der alle Menschen gleichberechtigt sind und sich frei entfalten
17 können. Deswegen wenden sich die NaturFreunde Württemberg gegen Rassismus und Antisemitis-
18 mus sowie gegen antidemokratische, nationalistische Tendenzen. Wir stellen uns aktiv gegen jede
19 Form des Menschenhasses und der Diskriminierung. Darüber hinaus ist es das Ziel un-serer Arbeit,
20 dazu beizutragen, dass die Menschen sich ihrer Einbindung in die soziale und natürli-che Umwelt
21 bewusst werden. Durch die Erkenntnis dieser Verbindung und einhergehenden Ver-antwortung ist ein
22 Leben mit Entwicklungspotentialen in sozialer Gerechtigkeit und Frieden möglich.

- 23 • An diesem Leitbild richten sich die NaturFreunde Württemberg mit allen Gliederungen aus: Wir
24 organisieren umwelt- und sozialverträglichen Tourismus und treiben gemeinschaftlich naturver-
25 träglichen Sport.
- 26 • Wir modernisieren unsere Naturfreundehäuser nach ökologischen Gesichtspunkten und bieten
27 regionaltypische und vegetarische/vegane Verpflegung an.
- 28 • Wir setzen uns für eine wirtschaftliche Entwicklung ein, der kein Wachstumszwang sondern
29 Nachhaltigkeit zugrunde liegt und an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können. Hier-
30 für entwickeln wir in Kooperation mit anderen uns nahestehenden Organisationen Projekte, bei
31 denen Umweltschutz mit Innovationen, neuen Arbeitsplätzen und Sozialverträglichkeit verbun-
32 den wird.
- 33 • Wir mischen uns in die aktuelle Politik ein und fordern deren Ausrichtung an den UN-Nachhaltig-
34 keitszielen, die weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, ökologi-
35 scher und sozialer Ebene dienen sollen.
- 36 • Wir geben Anstöße zu einem nachhaltigen Lebensstil und führen Umweltbildung für Kinder,
37 Jugendliche und Erwachsene durch.
- 38 • Wir fördern „Kultur von unten“ für alle.
- 39 • Wir rufen zu Kampagnen auf, um den Klimaschutz zu verbessern, Gewässer wieder sauberer zu
40 machen, Landschaften integriert weiterzuentwickeln und „Grüne Wege in die Zukunft“ zu finden.
- 41 • Wir leben Solidarität! Sowohl innerhalb der eigenen Generation als auch zwischen den Gene-
42 rationen. Für und in der Einen Welt, in der für alle Menschen der gleichberechtigte Zugang zu
43 den Lebensgrundlagen, zu Arbeit und Bildung gewährleistet werden soll und Grundrechte gelebt
44 werden.



45 Eine (gute) Zukunft für alle wird es nur geben, wenn langfristig gedacht wird und das Allgemeinwohl
46 vor Individualinteressen steht.

47 Berg frei!

48 **Adressat*innen:**

49 Mitglieder/ Gliederungen

50 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags**

51	<u>Abstimmung:</u>	ja	nein	Enthaltung
----	---------------------------	-----------	-------------	-------------------



Antrag wurde einstimmig beschlossen

Antrag Politik 1

- 1 **Antragsteller*innen: Landesvorstand der NaturFreunde Württemberg**
2 **Antrag: Die Friedensfrage als eines der wichtigsten Themen in unserer Zeit**

3 **I. Abriss der aktuellen Situation auf der Welt**

4 Machtzentren in der Welt

5 Nach dem Ende des Kalten Krieges bzw. dem Ost-West-Konflikt gibt es heute mehrere Machtzentren, die
6 entscheidenden Einfluss auf die Weltpolitik haben:

- 7 • Vereinigte Staaten von Amerika (USA)
8 • Europäische Union (EU)
9 • Russische Föderation (Russland)
10 • Volksrepublik China (VR China)
11 • Republik Indien (Indien)

12 Diese Mächte können, wie folgt, kurz beschrieben werden:

13 **USA**

14 Nach dem Ende des Kalten Krieges verblieb die USA als letzte Supermacht. Sie ist Führungsmacht der NATO
15 und unterhält in vielen Regionen der Erde militärische Stützpunkte. Die USA sind eine präsidentielle Demokra-
16 tie auf föderaler Basis. Nach dem 2. Weltkrieg übten sie einen positiven Einfluss auf die Demokratisierung
17 und den wirtschaftlichen Aufschwung Europas aus (Marshallplan), natürlich mit dem Ziel der Sicherung von
18 Macht und Einfluss gegenüber der Sowjetunion. Die USA setzen immer wieder ihre Macht und ihren Ein-
19 fluss ein, um ihre Interessen durchzusetzen (US-Imperialismus). Das führte oft zu großen Widerständen in
20 anderen Ländern der Welt. Innenpolitisch sind die USA ein stark gespaltenes Land, deren Regierung nach
21 dem Amtsantritt Donald Trumps, immer autokratischer regiert. Das Modell der amerikanischen Demokratie
22 scheint in der Krise zu sein. Außenpolitisch führt die Trump-Doktrin des „America first“ dazu, dass vor allem
23 in Europa die bisherigen Verbündeten der USA nicht mehr auf die Unterstützung der USA zählen können -
24 und wenn, dann nur zu den von den USA allein festgesetzten Bedingungen.

25 **EU**

26 Die EU ist anders als die anderen Machtzentren kein Nationalstaat, sondern eine Gemeinschaft von Natio-
27 nalstaaten in Europa, die vor allem in wirtschaftlichen Bereichen eng zusammenarbeiten und sich gemein-
28 samen Regeln unterwerfen. Auch im Umwelt- und Naturschutz gibt die EU dem Rahmen für die einzelnen
29 Mitgliedsstaaten vor. Außenpolitisch agiert die EU – abgesehen von ihren wirtschaftlichen Aktivitäten –
30 schwächer als sie es aufgrund ihrer Bevölkerungszahl und ihrer Wirtschaftskraft tun könnte. Ursache hierfür
31 ist zum einen eine immer wiederkehrende Uneinigkeit zwischen den Mitgliedstaaten, die nationale Inter-
32 essen vor die der Gemeinschaft zu stellen, als auch eine Abhängigkeit – vor allem in militärischen Dingen
33 (NATO) – von den USA, die seit dem Ende des Kalten Krieges nicht abgenommen hat. Die EU nimmt eine für
34 ihre Größe zu schwache Position ein. In einzelnen Mitgliedsstaaten gewinnen autokratische Strömungen
35 immer mehr Einfluss (z.B. Ungarn). Als Ausgleich für den durch die Trump-Administration stark gefährdeten
36 militärischen Schutz beabsichtigt die EU ein gigantisches Aufrüstungsprogramm aufzusetzen. Dies wird als
37 Emanzipation von der US-Hegemonie deklariert. Leider wird aber bisher eine inhaltliche Neuausrichtung der
38 Außen- und Sicherheitspolitik versäumt. Bemühungen um Gespräche und vertrauensbildende Maßnahmen
39 mit ALLEN Nachbarn der EU sowie Bemühungen zur weltweiten Abrüstung - insbesondere atomarer Abrüs-
40 tung - spielen in den Überlegungen der EU bisher leider eine untergeordnete Rolle. Dabei ist es doch gerade
41 in der derzeitigen Weltlage wichtig, innerhalb der EU wie vor allem auch international die Stimme der Ver-
42 nunft zu sein, die die Vorteile gemeinsamer Lösungen auf der Basis von Respekt und gegenseitiger Anerken-
43 nung gegenüber nationalistischen oder gar imperialistischen Egoismen herausstellt.



44 Russland

45 Nach dem Ende der Sowjetunion blieb Russland als nach wie vor größtes Land der Erde und Atom-
46 macht zurück. Nach dem Zerfall der Sowjetunion herrschte in den 90er Jahren mehr oder weniger
47 Chaos in Russland, das den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft derart erschwerte, dass sich ab
48 den 2000ern Jahren eine Autokratie unter Wladimir Putin etablieren konnte, die mittlerweile als Dik-
49 tatur mit scheindemokratischen Zügen bezeichnet werden kann. Die Opposition in Russland ist sehr
50 geschwächt und hat nach dem Tode von Alexei Nawalny keine Integrationsfigur mehr. Außenpolitisch
51 agiert Russland nach dem Versuch einer Annäherung an den Westen Anfang der 2000er Jahre als im-
52 periale Macht, die an die alte Größe des Zarenreiches oder der Sowjetunion anknüpfen will. Russland
53 schreckt dabei vor Gewalt nicht zurück und entfesselt dafür sogar Kriege (Ukraine-Krieg).

54 VR China

55 Nach dem Ende des Kalten Krieges wuchs die VR China zur Weltmacht heran, die mittlerweile sich
56 anschickt alle anderen Machtzentren wirtschaftlich zu überholen oder sie schon überholt hat. Innen-
57 politisch existiert eine Ein-Parteien-Herrschaft bzw. Diktatur der Kommunistischen Partei, die seit der
58 Staatsgründung 1949 Festland-China regiert. China ist mittlerweile wirtschaftlich sehr eng mit dem
59 Rest der Welt verbunden und nutzt dies auch für die politische Einflussnahme in der Welt (Belt and
60 Road Initiative (BRI) oder Neue Seidenstraße). Vor allem in den Ländern des Globalen Südens inves-
61 tiert die VR China stark und bindet sie damit an sich. Nach einer Phase vergleichsweise friedlicher
62 Beziehungen mit dem Westen reklamiert die VR China nun mehr eine stärkere machtpolitische Rolle
63 in der Welt für sich, sodass sie nun vom Westen als geostrategischer Rivale wahrgenommen wird. In
64 Ostasien agiert die VR China zunehmend aggressiv, wenn sie beispielsweise große Teile des südchines-
65 ischen Meeres für sich beansprucht oder immer wieder mit der Invasion von Taiwan droht.

66 Indien

67 Indien ist mittlerweile das bevölkerungsreichste Land der Erde, hat aber noch nicht eine vergleich-
68 bare wirtschaftliche Größe erreicht. Es ist eine parlamentarische Demokratie und wird immer wie-
69 der als die größte Demokratie der Welt bezeichnet. Innenpolitisch schwelt nach wie vor ein Konflikt
70 zwischen der Hindu-Mehrheit und einer großen muslimischen Minderheit. Ein Konflikt, der das Land
71 seit der Unabhängigkeit 1947 innen- wie außenpolitisch begleitet (3 bzw. 4 Kriege mit Pakistan, Ver-
72 treibungen/Unruhen/Genozide im Land). Seit 2014 ist der hindu-nationalistische Politiker Narendra
73 Modi Premierminister Indiens. Kritiker bemängeln seitdem zunehmend autoritäre Tendenzen und die
74 Einschränkung von Minderheitenrechten. Nach wie vor gilt Indien als Schwellenland mit großer Armut
75 in weiten Teilen der Bevölkerung. Auf der anderen Seite ist es die am schnellsten wachsende Volks-
76 wirtschaft, hat sich zu einem Zentrum für Informationstechnologie und -dienstleistungen entwickelt,
77 verfügt über eine stetig wachsende Mittelschicht sowie eine der weltweit größten Softwareindus-
78 trien. Vier Jahrzehnte lang war die indische Außenpolitik durch das Engagement in der Bewegung
79 der Blockfreien Staaten und das „besondere Freundschaftsverhältnis“ mit der Sowjetunion geprägt.
80 Nunmehr versucht Indien zwar eine seiner Größe adäquaten Rolle in der Weltpolitik zu erlangen, geht
81 aber dabei wesentlicher moderater vor als mittlerweile die VR China.

82 Multiple Krisen

83 Die Welt ist derzeit geprägt von vielen Krisen, die zusammen als multiple Krisen bezeichnet werden,
84 da sie miteinander zusammenhängen.

85 Klimakatastrophe

86 Etwas in den Hintergrund wird derzeit die Klimakrise gedrängt, was vielen Wirtschaftslenkern und
87 Politikern gerade recht ist, da konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel ihre Geschäftsmodel-
88 le bzw. ihre politische Macht gefährden. Dennoch wird die Klimakrise immer mehr zum Hauptgrund
89 anderer Krisen, da durch die mit ihr einhergehende Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen
90 Verteilungskämpfe und Fluchtwellen drohen, die wiederum andere Teile der Welt beeinträchtigen. In
91 vielen Teilen der Welt ist mittlerweile aus der Krise eine Katastrophe geworden.



92 Kriege

93 Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist nicht der einzige Konflikt, der sich zu einem größeren
 94 Krieg unter Beteiligung weiterer Staaten ausweiten könnte. Jedoch die Tatsache, dass er in Europa,
 95 quasi vor unserer Haustüre, stattfindet, birgt für unser Land eine große Gefahr, wenn er sich nicht ein-
 96 dämmen lässt. Russland ist der Aggressor und sein Handeln steht in der Konsequenz seiner seit über
 97 20 Jahren verfolgten Strategie. Die NATO, die USA und die EU sind allerdings nicht ganz unbeteiligt an
 98 der verhängnisvollen Entwicklung: Entgegen der Zusicherungen im Rahmen der 2+4-Verhandlungen
 99 wurde die NATO immer näher an die Grenzen Russlands herangerückt sowie Militärmanöver teilweise
 100 direkt an den russischen Grenzen durchgeführt. Die im Rahmen der OSZE vereinbarten Maßnahmen
 101 zu mehr gemeinsamer Sicherheit in Europa wurden zugunsten eigener Vorteile zunehmend vernach-
 102 lässigt; dringende russische Hinweise auf eigene Sicherheitsbedürfnisse schlichtweg ignoriert. Insbe-
 103 sondere ein möglicher NATO-Beitritt der Ukraine wurde von Russland stets und mit größter Deutlich-
 104 keit als keineswegs akzeptabel kommuniziert. All dies ist keinerlei Entschuldigung für den weitgehend
 105 von Russland zu verantwortenden Krieg gegen die Ukraine, einer Mitverantwortung für diese Ent-
 106 wicklung können sich die NATO-Staaten aber nicht entledigen, auch nicht durch eine (unberechtigte)
 107 Schwarz-Weiß-Darstellung der Verhältnisse. Mit der massiven militärischen Unterstützung der Ukrai-
 108 ne durch die NATO-Staaten sowie nordkoreanische Soldaten auf Seiten Russlands wird zwischen der
 109 Ukraine und Russland bereits heute ein internationalisierter Stellvertreterkrieg ausgetragen.

110 Seit Jahrzehnten, wenn nicht schon über 100 Jahre, schwelt der Konflikt in Nahost. Aktuell sind Israel,
 111 der Gaza-Streifen, der Libanon und Syrien betroffen. Es wird immer schwerer Aggressoren und An-
 112 gegriffene auseinanderzuhalten. Seitdem nun auch die Huti-Rebellen aus dem Jemen mitmischen,
 113 besteht mehr denn je die Gefahr eines Flächenbrands. Islamismus, von Israel weiterhin widerrechtlich
 114 besetzte Gebiete in Palästina und Syrien, ein aggressiver israelischer Nationalismus mit andauerndem
 115 widerrechtlichen Landraub und die Einflussnahme weiterer Mächte von außen (USA, Russland, Iran,
 116 Türkei) sind die Motoren des Konflikts.
 117 Derzeit gibt es über 50 bewaffnete Konflikte auf der Welt. Z. B. im Sudan tobt ein seit Jahren von der
 118 Weltöffentlichkeit kaum wahrgenommener Konflikt zwischen Militärs und Paramilitärs. Die Kämpfe
 119 haben Millionen von Sudanesen zu (Binnen)flüchtlingen gemacht. Die humanitäre Lage ist katastro-
 120 phal. Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung ist von einer Hungersnot bedroht.

121 Politische Krisen

122 In Georgien und Moldawien sind innenpolitische Krisen ausgebrochen, die auf massive Einflussnahme
 123 Russlands auf Wahlen zurückzuführen sind. Im Grunde genommen stehen sich prowestliche (der EU
 124 zugeneigte) und prorussische Bevölkerungsgruppen gegenüber. Diese Krisen haben das Potenzial, sich
 125 zu Kriegen auszuweiten, wenn eine sogenannte Schutzmacht (EU/NATO, Russland) sich berufen fühlt,
 126 zugunsten einer Richtung einzugreifen.

127 Die EU und die zwei derzeit heißesten Konflikte

128 Der Ukraine-Konflikt ist mit ein Ergebnis der Versäumnisse Europas, v.a. der EU, nach dem Ende des
 129 Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion eine eigenständige Neupositionierung zu finden.
 130 Stattdessen band man sich fast bedingungslos an die Politik der USA und deren imperialistischen In-
 131 teressen. Dabei führten Theorien wie vom „Ende der Geschichte“ oder die der USA als einzig verblie-
 132 bener Supermacht in die Irre. Letztendlich führten das Weiterbestehen und die Ost-Erweiterung der
 133 NATO zu neuen Spannungen in Europa. Der NATO und den USA geht es, ganz im Sinne des ehemaligen
 134 US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski („Die einzige Weltmacht“, 1997) darum, Russland endgül-
 135 tig aus dem Kreis der Weltmächte zu verbannen. Russland geht es darum, nach all den Demütigungen
 136 seit 1990 wieder imperiale Größe zu erlangen.



137 Es ist keine europäische Friedenspolitik erkennbar, wobei es hierfür mit der OSZE bereits gute Ansätze
138 gab, stattdessen schloss sich die EU der US-amerikanischen Politik an. Russland, als vermeintlicher
139 Verlierer, wurde mit Missachtung, was seine Interessen betraf, und mit Verachtung, was seine Fähig-
140 keiten betraf, behandelt. Von Anfang an war es keine echte Partnerschaft sondern der Versuch des
141 Westens Russland vor allem wirtschaftlich zu unterwerfen. Die damalige tatsächliche Schwäche Russ-
142 lands unter Boris Jelzin tat ein Übriges. Das führte zu einer Gegenreaktion in Russland, die leider nicht
143 demokratisch war. Vielmehr erwuchs ein autokratisches System unter Wladimir Putin. Aber auch zu
144 dieser Entwicklung fand die EU keine adäquate Antwort, sondern nur ein weiter wie bisher (business
145 as usual). Wirtschaftliche Interessen standen im Vordergrund und das rohstoffreiche Russland (Erd-
146 gas, Erdöl, Metalle) war als Handelspartner attraktiv. Deswegen fielen Proteste und Sanktionen des
147 Westens vergleichsweise moderat aus und waren eher symbolischer Natur. Im Gegenteil man hat das
148 „Ungeheuer“ herangezüchtet. Die durch das Bestreben Russlands zu alter Größe zu gelangen auf-
149 kommenden Konflikte wurden ignoriert. Erst durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine war
150 man gezwungen, sich der Wahrheit stellen.

151 Doch anstatt aus den Fehlern zu lernen und sich auch von den USA zu emanzipieren, hat man sich
152 blind dem Kriegsgeheul angeschlossen. Damit konnte die EU keine vermittelnde Rolle einnehmen,
153 denn, was das betrifft, war die EU verbrannt. Doch es gibt für die EU noch Mittel und Möglichkeiten,
154 friedensstiftend einzugreifen. Denn es gibt noch Staaten, die Einfluss auf Russland nehmen können,
155 Verhandlungen aufzunehmen. Zwar sind es mit der Türkei, der VR China und Indien nicht alles Staa-
156 ten, denen man bedingungslos vertraut, doch man kann sich seine Partner nicht immer aussuchen.
157 Europa muss, nachdem US-Präsident Trump für die Ukraine ein völlig unberechenbarer Partner ist,
158 Druck auf die Ukraine ausüben ihrerseits bereit zu sein, ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen, die
159 zum Ende der Kampfhandlungen führen. Die EU muss dafür der Ukraine Sicherheitsgarantien geben,
160 aber auch die Waffenlieferungen zurückführen. Das Töten muss ein Ende haben!

161 Der Gaza-Krieg ist nur eine Fortsetzung des schon lange andauernden Konflikts in Palästina. Die
162 Fronten scheinen verhärteter denn je. Es ist keine richtige Kompromissbereitschaft zu erkennen –auf
163 beiden Seiten. Terror und Gegenterror bestimmen die Lage dort. Weitere Regionen im Nahen und
164 Mittleren Osten werden mit reingezogen oder mischen sich ein (Jemen, Syrien, Iran). Die Gründe
165 für den Konflikt liegen tief, momentan bestimmen der Islamismus und ein politischer Rechtsruck in
166 Israel die Szene. Die einen wollen Israel auslöschen, die anderen dem Staat Israel die restlichen Teile
167 Palästinas einverleiben und sie mit jüdischen Siedlern bevölkern. Das löst eine Spirale der Gewalt aus
168 und führt letztendlich zu neuer Unversöhnlichkeit. Es spielen zwar viele weitere Mächte in diesem
169 unguten Spiel mit, jedoch haben die einen nicht genug Einfluss das Töten zu beenden, andere wollen
170 sogar noch eine Eskalation. Die uneinige EU erscheint auch hier ohnmächtig, da sie kein Konzept für
171 diesen Konflikt hat.

172 II. Ursachen von Krieg und Gewalt

173 Sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb vieler Gesellschaften, leider auch der deutschen, ist
174 eine zunehmende Bereitschaft zu beobachten, Konflikte mit Gewalt zu lösen. Gegenseitiger Respekt
175 und Anerkennung, Verständnis für die Haltung der anderen oder Empathie werden dagegen immer
176 geradezu verachtet und als Zeichen für Schwäche oder ‚wokeness‘ geringgeschätzt. Dabei sind es
177 doch gerade letztere Verhaltensweisen und Eigenschaften, die für ein friedliches Zusammenleben
178 sowohl zwischen den Völkern als auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften unerlässlich sind.

179 Gerade wir NaturFreunde müssen immer wieder auf die Ursachen von Krieg und Gewalt hinwei-sen:
180 Armut und Hoffnungslosigkeit waren bereits in der Vergangenheit wichtige Faktoren und sind dies
181 auch heute noch. Hinzu kommt in zunehmendem Maße der Klimawandel, der ganze Landstriche ver-
182 nichtet oder unbewohnbar macht.



183 Die Reichen und Mächtigen dieser Welt, von denen die meisten nur ihr eigenes Wohlergehen und den
184 Erhalt ihres unermesslichen Reichtums, ihrer Privilegien und ihrer Macht im Sinn haben, wird Krieg
185 inzwischen wieder als selbstverständliches Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen betrachtet – wie
186 dies auch bereits vor den großen Katastrophen im 20. Jahrhundert der Fall war. Innerhalb der Gesell-
187 schaften werden zum Machterhalt zunehmend Hass und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
188 eingesetzt. Elon Musk vertritt diese Position in besonders abstoßender Weise.

189 Wir sollten dabei aber nicht übersehen, dass etwa in Deutschland nicht nur die AfD solche Positionen
190 vertritt. Bereits Alt-Bundespräsident Horst Köhler hat den Einsatz von Militär zur Rohstoffsicherung
191 vertreten – das Verhalten von NATO, USA, aber auch Frankreich im globalen Süden spricht bereits seit
192 Jahren genau diese Sprache. Sämtliche etablierten Parteien (bis auf Die LINKE) reden massiver Auf-
193 rüstung das Wort. Dem sollten wir NaturFreunde uns weiterhin entgegenstellen.

194 III. Orientierungsloses Europa

195 Die EU präsentiert sich als uneins in vielen wichtigen Fragen:
196 • Umgang mit den nach Europa geflüchteten Menschen
197 • Klimapolitik
198 • Verhältnis zu den anderen Machtzentren in der Welt.

199 Diese Uneinigkeit führt dazu, dass die EU oft handlungsunfähig ist und droht zum Spielball der ande-
200 ren Machtzentren zu werden. Nicht die EU bestimmt dann, wie sie sich positioniert, sondern andere
201 Mächte.

202 Es scheint, dass derzeit das Modell einer liberalen, sozialen Demokratie massiv unter Druck kommt.
203 War es noch bis vor ein paar Jahren undenkbar, dass in Europa autoritäre Strukturen und Ideologien
204 wieder Fuß fassen, so ist nun festzustellen, dass dies wieder der Fall ist. Angefangen in Ungarn, weiter
205 über Polen in der Zeit der Regierung der PIS, Italien und den Niederlanden sind nun in vielen Län-
206 dern Europas entweder autoritär denkende oder rechtsextreme Parteien an der Macht beteiligt bzw.
207 haben gute Chancen an ihr beteiligt zu werden (Österreich, Frankreich, Deutschland). Der Wahlsieg
208 Trumps in den USA mag dies noch beschleunigen. Das ist nicht nur die Folge massiver Einmischung
209 von außen durch andere Staaten (Russland, China, USA) und dem Missbrauch sozialer Medien durch
210 das Kapital, das dahintersteckt, sondern es ist auch ein Versagen der Politik in den europäischen Län-
211 dern. Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer, große Teile der Ge-sellschaft fühlen sich
212 abgehängt und haben das Vertrauen in die Politik verloren. Das ist die Folge eines auch in den euro-
213 päischen Ländern hemmungslos gelebten Kapitalismus, dem sich alles unterzuordnen hat. Es werden
214 immer mehr Verlierer produziert. Die Folge ist, dass sich diese Verlierer extremen Parteien zuwenden,
215 die ihnen alles versprechen.

216 Forderungen für ein emanzipiertes Europa

217 Stattdessen ist es umso wichtiger, dass sich die EU als das Zentrum für Demokratie, Vielfalt und Tole-
218 ranz profiliert. Die anderen Machtzentren in der Welt sind dies entweder nicht (Russland, VR China)
219 oder diese Werte sind dort bedroht bzw. zunehmend unsicher (USA, Indien). Aufgefordert durch
220 die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU 2012 muss sie zudem zur Friedensstifterin bzw.
221 Friedensorganisatorin werden. Um diese aber überhaupt sein zu können, muss sie einerseits ein-
222 deutig Position, Haltung und Handeln im Sinne von Demokratie, Vielfalt und Toleranz beziehen, um
223 glaubwürdig zu sein. Andererseits muss sie versuchen, mit den anderen globalen Machtzentren wie
224 auch den marginalisierten Staaten und Gesellschaften im globalen Süden im Dialog zu bleiben, ohne
225 Besserwisserei, überbrachte koloniale Attitüden oder gar schädliche Aggressivität an den Tag zu le-
226 gen. Es gibt derzeit leider keine andere Macht oder Autorität, die dieses sonst leisten kann. Eigentlich
227 sollten die UN diese Rolle einnehmen; dass sie dies auch tatsächlich tun können, sollte das beständige
228 Streben sein. Derzeit ist die UN allerdings zu schwach, um diese Aufgabe zu erfüllen.



229 Insbesondere muss es aber gelingen, die Einhaltung von Völkerrecht und universellen Menschen-
 230 rechten in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen – und dies ohne doppelte Standards! Es ist eben
 231 nicht so, dass etwa der US-Überfall auf den Irak oder die Bombardierung Serbiens durch die NATO
 232 akzeptabel, der Krieg Russlands gegen die Ukraine aber völlig verdammenswert sind.

233 Den Forderungen der Trump-Administration nach höheren Verteidigungsausgaben in Form eines
 234 gigantischen, 800 Milliarden Euro teurem, Aufrüstungsprogramm nachzukommen erscheint leider
 235 als ein wenig emanzipiertes Befolgen von US-Forderungen durch die EU. Zudem erhöht eine massive
 236 Aufrüstung, dies sollten gerade uns in Europa die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt
 237 haben, massiv die Kriegsgefahr.

238 **IV. Deutschland in der Zeitenwende**

239 In Deutschland hat man sich bis zum 24.02.2022 der Illusion hingegeben, intensive wirtschaftliche
 240 Beziehungen mit Russland (vor allem durch den Bezug von günstigem Erdgas sowie von Erdöl) seien
 241 ein Garant für ein friedliches Zusammenleben mit Russland. Gekennzeichnet wurde diese vor allem
 242 durch eine von wirtschaftlichen Interessen dominierte Politik aber auch von schwachen Bemühun-
 243 gen hinsichtlich der Einhaltung der zunehmend gefährdeten Menschenrechte in Russland sowie einer
 244 Unterstützung der die Interessen Russlands schlichtweg ignorierenden Politik der NATO.

245 In Folge des Überfalles von Russland auf die Ukraine wurden die wirtschaftlichen Beziehungen sehr
 246 stark reduziert (mit teilweise dramatischen Auswirkungen auf die Energiepreise). Außerdem wur-
 247 den ein 100-Milliarden-Sonderpaket zur Ertüchtigung der Bundeswehr beschlossen und es erfolgten
 248 massive Waffenlieferungen zur Unterstützung der Ukraine. Außer sporadischen Ansätzen, in Gesprä-
 249 chen zu einer Konfliktlösungen beizutragen, gab es diplomatisch leider wenig Beiträge für Wege zum
 250 Frieden.

251 Nachdem das 100-Milliarden-Sonderpaket inzwischen aufgebraucht ist, und da aufgrund der verän-
 252 derten Haltung der USA weitere Aufrüstung für erforderlich gehalten wird, soll hierfür nun ein gigan-
 253 tisches, nach oben unbegrenztes Hochrüstungsprogramm aufgesetzt werden, wogegen von einer In-
 254 tensivierung der Diplomatie zur Vermeidung militärischer Konflikte und zur Abrüstung nicht die Rede
 255 ist. Schauen wir auf die Militärausgaben der EU-Länder einerseits und von Russland andererseits, so
 256 können wir feststellen, dass 109 Milliarden von Russland (im Kriegsjahr 2023!) allein von Deutsch-
 257 land, Frankreich, Italien, Polen, Frankreich und den Niederlanden 235,5 Milliarden entge-genstanden,
 258 hinzu kommen noch 74,9 Milliarden des Vereinigten Königreichs sowie die Verteidigungsausgaben
 259 der übrigen europäischen NATO-Mitglieder . Es muss also zumindest infrage gestellt werden, ob eine
 260 solch massive Aufrüstung überhaupt erforderlich ist. Letztendlich bedeutet ein solch massives Aufrüs-
 261 tungsprogramm nichts anderes als sich der Forderung der Trump-Administration nach einer massiven
 262 Hochrüstung bedingungslos anzuschließen.

263 Innenpolitisch bedeutet dies jedoch, dass auf die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes über kurz
 264 oder lang massive Sozialkürzungen sowie erhebliche Steuererhöhungen zukommen werden. Beides
 265 wird voraussichtlich vor allem sozial Schwache sowie Normalverdiener treffen. Hiergegen müssen
 266 wir als NaturFreunde klar Position beziehen und gemeinsam mit der deutschen und internationalen
 267 Friedensbewegung, den Gewerkschaften sowie Sozial- und Umweltverbänden den Widerstand orga-
 268 nisieren.

269 **V. Forderungen der NaturFreunde Württemberg**

270 **Wir fordern aufgrund der vorhergenannten Analysen die EU auf,**

- 271 • sich als glaubwürdiges Zentrum für Demokratie, Vielfalt und Toleranz zu profilieren,
- 272 • sich als Friedensstifterin bzw. Friedensorganisatorin in der Welt zu engagieren,



- 273 • mit den anderen globalen Machtzentren wie auch den marginalisierten Staaten und Gesellschaf-
274 ten im globalen Süden im Dialog zu bleiben, ohne Besserwisserei, überbrachte koloniale Attitüden
275 oder gar schädliche Aggressivität,
276 • auf das gigantische Aufrüstungsprogramm zu verzichten
277 • die Einhaltung von Völkerrecht und universellen Menschenrechten in den Mittelpunkt ihres Han-
278 delns zu stellen.

279 **Wir fordern uns NaturFreunde auf,**
280 in allen Gliederungen gemeinsam mit anderen Organisationen dem Aufrüstungswahn zu widersetzen
281 und weiterhin für eine friedliche Welt auf der Basis von Völker- und Menschenrecht sowie des gegen-
282 seitigen Respekts und der Achtung der unterschiedlichen Interessen der Völker auf unserer einen
283 Erde einzutreten.

284 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags**

285	<u>Abstimmung:</u>	ja	nein	Enthaltung
-----	---------------------------	-----------	-------------	-------------------



Antrag wurde an den erweiterten Landesvorstand überwiesen

Antrag Politik 2

1 **Antragsteller*innen: Landesvorstand der NaturFreunde Württemberg**
2 **Ein Positionspapier: NaturFreunde gegen Antisemitismus,**
3 **Islamfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit**

4 Antisemitismus/ Islamfeindlichkeit

5 Deutschland darf nicht zum Austragungsort der Konflikte im Nahen Osten werden. Antisemitismus
6 und Islamfeindlichkeit dürfen bei uns keinen Platz haben. Diese Haltungen schließen Menschen
7 aus der Gesellschaft aus. Hier im Lande lebende jüdische wie auch muslimische Menschen werden
8 dadurch unberechtigt für die Politik anderer Staaten verantwortlich gemacht. Sie haben kaum eine
9 Chance selber zu Wort zu kommen, sondern es wird im Vorhinein über sie geurteilt – ohne Ansehen
10 der Menschen. Auch dürfen nicht die Terroranschläge Einzelner bei uns dafür instrumentalisiert
11 werden.

12 Nein, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben! Ge-
13 rade Deutschland mit seiner Geschichte von 1933-45 ist besonders aufgefordert, das zu verhindern.
14 Berechtigte Ablehnung bzw. Kritik am Islamismus und den damit verbundenen Terrororganisationen
15 (Hamas, IS, Hisbollah, Al Kaida) bzw. an der Politik Israels darf nicht einhergehen mit Antisemitismus
16 oder Islamfeindlichkeit. Die NaturFreunde sind dabei besonders aufgefordert, darauf zu achten.

17 Ursachen von Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

18 Die Reichen und Mächtigen dieser Welt, von denen die meisten nur ihr eigenes Wohlergehen und der
19 Erhalt ihres unermesslichen Reichtums, ihrer Privilegien und ihrer Macht im Sinn haben, betrachten
20 Krieg inzwischen wieder als selbstverständliches Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Innerhalb
21 der Gesellschaften werden zum Machterhalt zunehmend Hass und gruppenbezogene Menschen-
22 feindlichkeit eingesetzt.

23 Sämtliche etablierten Parteien reden zwar gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keineswegs
24 das Wort und versuchen nach wie vor, demokratische Grundrechte wie Meinungs-, Rede- und Ver-
25 sammlungsfreiheit zu gewährleisten. Allerdings haben auch fast alle etablierten Parteien hinsichtlich
26 geflüchteter Menschen inzwischen Positionen übernommen, die vor zehn Jahren praktisch nur im
27 Bereich der Rechtsextremen vorzufinden waren. Geflüchtete in erster Linie als potenzielle Verbrecher
28 zu betrachten, die man am besten bereits vor den Toren der EU fernhält und sonst möglichst schnell
29 wieder abschiebt, beinhaltet ein beklagenswert hohes Maß an Entmenslichung. Dem sollten wir
30 NaturFreunde uns weiterhin entgegenstellen.

31 Es scheint, dass derzeit das Modell einer liberalen, sozialen Demokratie massiv unter Druck kommt.
32 War es noch bis vor ein paar Jahren undenkbar, dass in Europa autoritäre Strukturen und Ideologien
33 wieder Fuß fassen, so ist nun festzustellen, dass dies wieder der Fall ist. Angefangen in Ungarn, weiter
34 über Polen in der Zeit der Regierung der PIS und Italien sind nun in vielen Ländern Europas entweder
35 autoritär denkende oder rechtsextreme Parteien an der Macht bzw. haben gute Chancen an ihr
36 beteiligt zu werden (Österreich, Frankreich, Deutschland).

37 Der Wahlsieg Trumps in den USA mag dies noch beschleunigen. Das ist nicht nur die Folge massiver
38 Einmischung von außen durch andere Staaten (Russland, China, USA) und dem Missbrauch sozialer
39 Medien durch das Kapital, das dahintersteckt, sondern es ist auch ein Versagen der Politik in den
39 europäischen Ländern. Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer, große Teile der Ge-
40 sellschaft fühlen sich abgehängt und haben das Vertrauen in die Politik verloren. Das ist die Folge
41 eines auch in den europäischen Ländern hemmungslos gelebten Kapitalismus, dem sich alles unter-
42 zuordnen hat. Es werden immer mehr Menschen zu Verlierern. Die Folge ist, dass sich diese Verlierer
43 extremen Parteien zuwenden, die ihnen alles versprechen.



44 Innerhalb vieler Gesellschaften, leider auch der deutschen, ist eine zunehmende Bereitschaft zu be-
 45 obachten, Konflikte mit Gewalt zu lösen. Gegenseitiger Respekt und Anerkennung, Verständnis für die
 46 Haltung der anderen oder Empathie werden dagegen geradezu verachtet und als Zeichen für Schwä-
 47 che oder ‚wokeness‘ geringgeschätzt. Dabei sind es doch gerade letztere Verhaltensweisen und Eigen-
 48 schaften, die für ein friedliches Zusammenleben innerhalb der Gesellschaft unerlässlich sind.

49 Die NaturFreunde vertreten deswegen die Überzeugung, dass in einer Welt zunehmender Vereinze-
 50 lung, Einsamkeit, Spaltung und Orientierungslosigkeit es wieder gemeinsame Werte wie Recht, Soli-
 51 darität und Menschenwürde braucht. Und das umso mehr, da unsere Zeit, unser Geld, unser Denken
 52 und Handeln von marktbeherrschenden Konzernen, von verbrecherischen Regent*innen und durch
 53 Missbrauch sozialer Netzwerke bedroht werden.

54 **Adressat*innen**

55 Gliederungen der NaturFreunde

56 Bundes- und Landesregierung

57 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags**

58 **Abstimmung:** ja nein Enthaltung



Der Antrag wurde bei sechs Enthaltungen angenommen.

Antrag Politik 3

1 **Antragsteller*innen: Fachbereich Global**

2 **Antrag: Unser Beitrag zur Klimagerechtigkeit – Zeit zu Handeln in herausfordernden Zeiten!**

3 Das Umwelt- und Ausbildungszentrum Alioune Diagne Mbor de BEKHAR in
4 Bekhar/Senegal ist durch Beschluss der Landesvorstände der NaturFreunde Baden und
5 Württemberg als gemeinsam zu förderndes und zu unterstützendes Partnerschaftsprojekt
6 erklärt worden. Das Zentrum ist bewusst für die Ausbildung von Mädchen und jungen
7 Frauen konzipiert, denn sie sind besonders benachteiligt und haben oft nicht die Möglichkeit eine
8 Ausbildung zu erhalten.

9 Die Kosten für die Ausbildung können die Familien nicht oder nur teilweise selber aufbringen. Der
10 Fachbereich Global hat es in den vergangenen Jahren durch vielerlei Aktivitäten geschafft, die not-
11 wendigen Finanzmittel zu beschaffen. Wir wollen das auch in Zukunft weiterhin tun und brauchen
12 Unterstützung. Die NaturFreunde verstehen sich als internationaler solidarischer Verband.
13 Der Fachbereich Global appelliert an die NaturFreunde Württemberg und alle Gliederungen des
14 Verbandes eine Fördervereinbarung über einen bestimmten jährlichen Beitrag für das Umwelt- und
15 Ausbildungszentrum abzuschließen.

16 Wir fordern dazu auf, dass

- 17 • der Landesvorstand und die hauptamtlichen Mitarbeitenden der Geschäftsstellen die Gliederun-
18 gen ermuntern und unterstützen, eine Fördervereinbarung für das Umwelt- und Ausbildungszent-
19 rum in Senegal abzuschließen
- 20 • die Ortsgruppenvorstände ihre Mitglieder über das Partnerschaftsprojekt informieren und die
21 Möglichkeit erläutern, eine Fördervereinbarung für das Umwelt- und Ausbildungszentrum in
22 Senegal abzuschließen

23 Einige Ortsgruppen wie Ulm, Göppingen, Stuttgart, Heilbronn, Filder, Karlsruhe, Berghausen, Schwarz-
24 bachtal, Bruchsal und Rastatt sowie der Landesverband Saarland und Ortsgruppen aus Hessen unter-
25 stützen aktiv die Arbeit des Fachbereiches, dafür danken wir sehr herzlich.

26 Wir freuen uns, wenn weitere Gliederungen sich bereit erklären, eine Fördervereinbarung für das
27 Umwelt- und Ausbildungszentrum abzuschließen.

28 Begründung:

29 Frauen sind besonders benachteiligt, allein auf Grund ihres Geschlechts.

30 Frauen sind in vielen Ländern für die Ernährung der Familie zuständig. Sie sorgen für Aussaat und
31 Ernte, holen das Wasser und kochen. Sie leiden deshalb mehr unter dem Klimawandel und haben
32 aufgrund der Sorgearbeit für Kinder und Pflegebedürftige meist nicht die Möglichkeit, vor den Aus-
33 wirkungen des Klimawandels zu fliehen. Frauen und Mädchen leiden nach Krisen länger und stärker,
34 etwa durch niedrigere Einkommen und schlechteren Zugang zu Produktionsmitteln, durch Nahrungs-
35 mittelunsicherheit und Unterernährung.

36 Bei Dürre, Wassermangel oder Waldsterben müssen Frauen und Mädchen noch längere Strecken
37 zurücklegen, um Wasser oder Brennholz zu holen. Diese Mehrarbeit geht häufig mit gesundheitlichen
38 Beeinträchtigungen und erhöhtem Risiko für sexualisierte und körperliche Gewalt einher.

39 Fast 40 Millionen Kinder werden jährlich durch klimabedingte Katastrophen in ihrer Bildung einge-
40 schränkt.

41 Heutzutage finden die unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf Frauen zunehmend
42 Beachtung. Dennoch wird die wichtige Rolle von Frauen bei Klimaverhandlungen, als Triebkräfte für
43 Veränderungen und im Umgang mit natürlichen Ressourcen häufig übersehen.



44 Naturkatastrophen unterscheiden nicht zwischen den Geschlechtern. Es gibt jedoch deutliche Unter-
 45 schiede dabei, wie Frauen und Männer die Auswirkungen des Klimawandels erfahren. Frauen und
 46 Kinder sterben bei einer Katastrophe mit 14-mal höherer Wahrscheinlichkeit als Männer, unter ande-
 47 rem weil sie später gewarnt werden, seltener schwimmen können und sich auf der Flucht um Ange-
 48 hörige kümmern. Beim Tsunami 2004 in Asien waren 70% der Todesopfer Frauen. Es hat sich gezeigt,
 49 dass Klimakatastrophen geschlechtsspezifische Gewalt, etwa sexualisierte Gewalt, häusliche Gewalt,
 50 Kinderheirat und Menschenhandel, verstärken.

51 In Gambia haben Stürme und Überflutungen in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Folgen
 52 treffen vor allem Frauen und Mädchen: Mädchen sind zu Kinderhochzeiten gezwungen worden, weil
 53 die Bauern wegen der Folgen des Klimawandels verarmt sind. Kinder, vor allem die Mädchen, durften
 54 nicht mehr in die Schule, weil die Eltern Angst hatten, dass sie in den Fluten umkommen. Frauen und
 55 Mädchen setzen sich stark und erfolgreich für die Anpassung an den Klimawandel und die Eindäm-
 56 mung des Klimawandels ein. In vielen Ländern stehen sie an der Spitze der Klimabewegung. Frauen
 57 können durch ihr Wissen und ihre Fertigkeiten wichtige Beiträge zur Katastrophenprävention und -be-
 58 wältigung auf der lokalen und individuellen Ebene beitragen.

59 Sie brauchen den gleichen Zugang zu (Aus-)Bildung, Forschung und Ressourcen, damit sie einen noch
 60 größeren Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise leisten können. Die Corona-Pandemie hat noch ein-
 61 mal zu einer Verschärfung der Benachteiligung beigetragen. Der Rechtsphilosoph Kwame Appiah zu
 62 der Situation der Mädchen und Frauen in der Pandemie und deren Folgen:
 63 „Forscher betonen, dass Schülerinnen besonders darunter zu leiden haben, wenn Schulen schließen:
 64 Für sie wächst das Risiko von Kinderehe und -schwangerschaft, häuslichem Missbrauch und Ausbeu-
 65 tung durch Kinderarbeit. Aus all diesen Gründen – und aufgrund der schlichten Tatsache, dass Mäd-
 66 chen ganz selbstverständlich zum Kinderhüten und zur Erfüllung häuslicher Pflichten herangezogen
 67 werden – fürchten Unesco-Experten, dass weltweit möglicherweise elf Millionen Mädchen nie wieder
 68 zum Schulunterricht zurückkehren werden. Man könnte das als eine weitere Long-Covid-Variante be-
 69 trachten.

70 Diese unterschiedliche Betroffenheit der Geschlechter muss aus diversen Gründen beunruhigen.
 71 Schätzungen besagen, dass Frauen mit jedem zusätzlichen Schuljahr später im Leben um 11,5 Prozent
 72 höhere Löhne erzielen, einige Prozentpunkte mehr, als Männer bei längerer Schulzeit erwarten kön-
 73 nen. Lawrence Summers, ein bemerkenswert nüchterner Ökonom, hat es einmal so formuliert: „In die
 74 Mädchenbildung zu investieren, könnte durchaus die ertragreichste Investition sein, die in Entwick-
 75 lungsländern zur Verfügung steht.“ Frauen mit höherem Bildungsniveau haben in der Regel weniger
 76 Kinder, investieren aber mehr in jedes einzelne Kind. Ihre Kinder sind gesünder und ihrerseits besser
 77 ausgebildet. Gebildete Frauen nehmen auch intensiver am gesellschaftlichen Leben teil. Die stärkere
 78 Berücksichtigung von Frauen und Mädchen im Bildungswesen könnte also, wie der indische Nobel-
 79 preisträger Amartya Sen feststellt, durchaus dazu beitragen, die Ungleichheit der Geschlechter im
 80 Familienleben zu verringern.“

81 **Adressat*innen:**

82 Gliederungen der NaturFreunde in Baden und Württemberg

83 **Materialien, Medien, Informationsmöglichkeiten**

84 Sowohl die ehrenamtlichen Mitglieder als auch die hauptamtlichen Mitarbeitenden des Fachbereich
 85 Global NaturFreunde Baden-Württemberg können gerne durch Veranstaltungen, Vorträge und bereits
 86 vorhandene Materialien – wie z.B. die Ausstellung über die Frauen von Bekhar, Weltspiel, Videos –
 87 den Prozess aktiv unterstützen.

88 In unseren Fachbereichskonferenzen (meistens per Video) bieten wir allen Menschen die Möglichkeit
 89 sich zum Themenfeld Klimagerechtigkeit zu informieren, auszutauschen und weiterzubilden.



- 90 In Rundbriefen berichten wir regelmäßig über unsere Aktivitäten.
91 **Rundbrief bestellen:** <https://www.naturfreunde-global.de/impressum/rundbrief-bestellen>
92 **Fördervereinbarung abrufen:** https://www.naturfreunde-global.de/images/PDF/Foerder-Vereinbarung_Umwelt-und_Ausbildungszentrum_web.pdf
93 **Unsere Homepage:** <https://www.naturfreunde-global.de/>
94 **Kontakt:** global@naturfreunde-baden.de

96 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags**

97 **Abstimmung:** ja nein Enthaltung



Mit der Änderung in Zeile 87 (rot) wurde der Antrag bei zwei Enthaltungen angenommen.

Antrag Politik 4

1 **Antragsteller*innen: Landesjugendvorstand**

2 **Antrag: Demokratieschutz- Gemeinsam für eine gleichberechtigte, solidarische und freie Zukunft!**

3 Durch das gezielte Abstimmen mit Demokratiefeinden hat die Union eine Grenze überschritten. So
4 wurde die Brandmauer durch die angebliche Mitte niedergerissen. Diese Entwicklungen der letzten
5 Wochen und Jahre, die in dieser fatalen Abstimmung mündete zeigt ein klares Bild des Erstarkens
6 rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte. Diese alarmierende Entwicklungen zeigen sich nicht
7 nur in Deutschland, Österreich oder in der EU, sondern weltweit. Dies macht es jetzt noch wichtiger,
8 für eine demokratische und solidarische Zukunft zu kämpfen. Der sich ausbreitende Flächenbrand
9 verunsichert viele Menschen. Sie verlieren die Hoffnung. Gerade jetzt müssen alle demokratischen
10 Parteien zusammenstehen und zusammen mit der Zivilgesellschaft kämpfen - für unsere Demokratie
11 und internationale Solidarität. Als NaturFreunde Württemberg stehen wir für eine freie, solidarische
12 und gerechte Welt ein. Das gleiche fordern wir von allen demokratischen Fraktionen des Landtags.
13 Wir fordern:

14 1. Eine ausreichende Finanzierung von demokratischer Arbeit:

15 Dies beinhaltet erhebliche Investitionen zum Schutz und zur Stärkung von Demokratie und unserer
16 Zivilgesellschaft: Erweiterte Finanzierung Demokratie fördernder Projekte. Hierzu gehört auch eine
17 erweiterte lokale und landesweite Finanzierung des Programms "Demokratie Leben!", um diesen
18 zentralen Baustein zum Schutz unserer Demokratie weiterhin angemessen zu unterstützen. Die
19 strukturelle Stärkung des Ehrenamtes Konkret heißt das, die Lohnkosten während der Freistellung
20 vom Arbeitsplatz zu erstatten und ehrenamtliche Arbeit auf die Rente anzurechnen. Bürokratie muss
21 abgebaut und das Ehrenamt mehr anerkannt werden. Die deutliche Erhöhung und Dynamisierung
22 des Landesjugendplans, damit auch junge Menschen unsere Gesellschaft demokratisch mitgestalten
23 können. Denn allen demokratischen Verbänden, unabhängig des Alters ihrer Mitglieder, müssen als
24 Werkstätten unserer Demokratie gesehen und gestärkt werden. Es muss ein Finanzierungsprogramm
25 für gemeinnützige Bildungs- und Freizeitstätten geschaffen werden, um diese energetisch, barrierefrei
26 und zukunftssicher zu gestalten. Sondervermögen Demokratie. Wir brauchen auf Landesebene ein
27 Sondervermögen für Demokratie. Um die Arbeit aller Demokrat*innen zu unterstützen und unserer
28 Demokratie den Rücken zu stärken, ist es notwendig diese Investition jetzt zu tätigen - ansonsten ist
29 es zu spät.

30 2. Demokratieschutz-jetzt:

- 31 • Die Einleitung des Verbotsverfahrens gegen die AfD auch auf Landesebene. Die Einstufung der
32 AfD in Baden-Württemberg als gesichert rechtsextrem, denn man muss Menschenfeindlichkeit,
33 Hass und Hetze klar benennen und ihr einen Namen geben. Die Prüfung eines AfD-Verbotes in
34 Baden-Württemberg zum Schutz unserer Demokratie.
- 35 • Der Schutz der Gemeinnützigkeit Alle Abgeordneten der demokratischen Fraktionen sollen sich
36 für den Schutz der Gemeinnützigkeit einsetzen. Nur so können demokratische und gemeinnützige
37 Organisationen aktiv vor dem Eingriff durch Demokratiefeinde geschützt werden.

38 3. Solidarität in der Zivilgesellschaft:

- 39 • Menschlichkeit statt „Migrations-Politik“
40 Wir müssen die Festung Europas niederreißen und stattdessen Brücken bauen – deshalb brauchen wir
41 ein bedingungsloses Bleiberecht für alle Menschen, ein individuelles Asylrecht und die Abschaffung
42 der Bezahlkarten. Um Diskriminierung durch den Staat zu verhindern, fordern wir die Abschaffung
43 von menschenrechtswidrigen verdachtsunabhängigen Kontrollen durch die Polizei.
- 44 • Vielfalt stärken: Vielfalt stärken heißt Demokratie schützen. Denn erst durch eine offene, toleran-
45 te und vielfältige Gesellschaft können alle Menschen mitgestalten und mitentscheiden. So ist die
46 Teilhabe aller im Grundrecht verankert und muss dementsprechend gestärkt werden - auch in
47 Baden-Württemberg. Deshalb muss die Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voran-
48 gebracht werden. Maßgebend ist hierfür die UN-Behindertenkonvention.



- 49 • Zu einer vielfältigen Gesellschaft gehört aber auch die Stärkung von Queeren- und Frauenrechten.
 50 So muss das Selbstbestimmungsgesetz aber auch Schwangerschaftsabbrüche durch die Landesre-
 51 gierung unterstützt und ausgebaut werden.

52 4. Keine Zusammenarbeit mit Demokratiefeind*innen:

- 53 • Die NaturFreunde Württemberg stellt sich entschlossen gegen jegliche Zusammenarbeit mit Anti-
 54 demokraten. Für uns als demokratischer Arbeiter*innen Verband bedeutet das: Die NaturFreun-
 55 de Württemberg und ihre Mitgliedsorganisationen kooperieren niemals und in keiner Weise mit
 56 antidemokratischen, rechtsextremen und oder faschistischen Parteien oder Organisationen. Auch
 57 nicht mit deren angeschlossenen Organisationen.
 58 • Vertreter*innen dieser antidemokratischen Parteien und Organisationen werden nicht zu Ver-
 59 anstaltungen der NaturFreunde Württemberg und ihrer Mitgliedsorganisationen eingeladen.
 60 Umgekehrt treffen sich Vertreter*innen der NaturFreunde Württemberg und ihrer Mitgliedsorga-
 61 nisationen niemals mit den Vertreter*innen von antidemokratischen Parteien und Organisationen
 62 und besuchen niemals deren Veranstaltungen. Die NaturFreunde Württemberg fordern, dass alle
 63 anderen Landesverbände und deren befreundete Organisationen die gleichen Schritte vollziehen
 64 und sich ebenso entschieden gegen jegliche Zusammenarbeit mit Antidemokraten stellen.

65 Das gleiche fordern wir von allen demokratischen Fraktionen des Landtags. Parteipolitisches Kalkül
 66 darf kein Grund sein mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien zu verhandeln, abzustim-
 67 men oder zu kooperieren. Denn wer mit Demokratiefeind*innen paktiert, stellt sich hinter sie. Doch
 68 wir stellen uns dem Faschismus und Hass entgegen und kämpfen für eine solidarische, gerechte und
 69 freie Welt. Berg Frei!

70 Adressat*innen:

71 Alle demokratischen Fraktionen des Landtags Alle Gliederungen der NaturFreunde Württemberg

72 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags mit folgenden**
 73 **Änderungen.**

- 74 • Zeile 3 das Wort „Union“ ersetzen durch „CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag“
 75 • Zeile 13 „Wir fordern“ ersetzen durch „Die NaturFreunde Württemberg“
 76 • Zeile 18, 19, 20: „Die strukturelle Stärkung des Ehrenamtes Konkret heißt das, die Lohnkosten
 77 während der Freistellung vom Arbeitsplatz zu erstatten und ehrenamtliche Arbeit auf die Rente
 78 an zu rechnen.“ Ersetzen durch: „Eine strukturelle Stärkung des Ehrenamtes wird erreicht, wenn
 79 Lohnkosten während der Freistellung vom Arbeitsplatz erstattet werden und ehrenamtliche
 80 Arbeit auf die Rente an zu rechnen.“
 81 • Zeile 33 und 34: Streichung des Satzes „Die Prüfung eines AFD-Verbotes in Baden-Württemberg
 82 zum Schutz unserer Demokratie“. Es handelt sich um eine Doppelung (vgl. Zeile 40).
 83 • Zeile 47 „Deshalb muss“ streichen. Den Satz mit „Die Inklusion“ beginnen und nach Behinde-
 84 rung „muss“ einfügen.
 85 • Zeile 50 und 51: „So muss das Selbstbestimmungsgesetz aber auch Schwangerschaftsabbrüche
 86 durch die Landesregierung unterstützt und ausgebaut werden.“ Ersetzen durch: „Das Selbstbe-
 87 stimmungsgesetz muss auf Landesebene umgesetzt werden. Schwangerschaftsabbrüche **müssen**
 88 nach geltendem Recht flächendeckend gewährleistet und ausgebaut werden.“
 89 • Zeile 67 das Wort „Denn“ streichen und mit „Wer“ des Satzbeginnen. Das Wort „Doch“ strei-
 90 chen und mit „Wir“ den nächsten Satz beginnen.
 91
-

92 **Abstimmung:** ja nein Enthaltung

Antrag Politik 5



Der Antrag wurde bei vier Enthaltungen angenommen.

Antrag Unsere Organisation 1

1 **Antragsteller*innen: Arbeitsgemeinschaft**

2 **der NaturFreunde in Baden-Württemberg**

3 **Antrag: Die Landeskonferenz beauftragt die Arbeitsgemeinschaft der NaturFreunde in Baden-Würt-**
 4 **temberg die notwendigen Maßnahmen und Strukturen für einen gemeinsamen Landesverband der**
 5 **NaturFreunde in Baden-Württemberg zu erarbeiten und den Landesverbänden zur Prüfung vorzule-**
 6 **gen, mit dem Ziel in den jeweiligen Landeskonferenzen 2028 eine Entscheidung über die Umsetzung**
 7 **zu treffen.**

7 **Begründung:**

8 Seit den Landeskonferenzen 2022 sind wesentliche Arbeitsbereiche (Fachbereiche NaturSport, Um-
 9 welt und Global) auf die Ebene der Arbeitsgemeinschaft der NaturFreunde in Baden-Württemberg
 10 (AG) gehoben worden. Die Aufgaben der Fachbereiche und deren Erledigung wurden durch Koopera-
 11 tionsverträge vereinbart. Die Zusammenarbeit läuft gut. Es wurden effiziente erfolgreiche Strukturen
 12 gefunden. Ressourcen wurden zusammengebunden.

13 Beim Workshop der AG im Februar 2025 wurde vereinbart, die Sichtbarkeit der AG nach innen und
 14 außen zu verbessern und die Gremienstruktur weiterzuentwickeln. Ferner soll der Name geändert
 15 werden, in „NaturFreunde Baden-Württemberg“. Hierzu ist eine Änderung der Satzung nötig.
 16 In diesem Zuge werden weitere Satzungsfragen geklärt.

17 Ferner hat man sich bei diesem Workshop entschieden, effizient und stringent weiter zu arbeiten,
 18 indem eine jährliche Planung aufgestellt wird und Termine für Mitgliederversamm-
 19 lungen vorgesehen werden.

20 Darüber hinaus wollen sich die BGB-Vorstände einen Überblick über die Struktur und die finanzielle
 21 Situation der beiden Landesverbände unter Federführung der Vorsitzenden der AG verschaffen.
 22 Ziel ist, dass die beiden Landesverbände bei ihren Landeskonferenzen in 2028 über die Gründung
 23 eines gemeinsamen Landesverbands entscheiden können.

24 **Adressat*innen:**

25 Landeskonferenz NaturFreunde Württemberg, 17.-19. Mai 2025

26 Landeskonferenz NaturFreunde Baden, Oktober 2025

27 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und Zustimmung mit folgender Änderung des**
 28 **Antrags in Zeile 4 und 5:**
 29 **und den Landesvorständen der NaturFreunde Baden bzw. der NaturFreunde Württemberg zur**
 30 **Prüfung vorzulegen.**

31 **Abstimmung:**

ja

nein

Enthaltung



Antrag wurde an den erweiterten Landesvorstand überwiesen.

Antrag Unsere Organisation 2

1 **Antragsteller*innen:** Naturfreundejugend Württemberg, erweiterter Landesvorstand

2 **Antrag: Nachhaltiger Klimaaktivismus - Unsere Stärke liegt in der Gemeinschaft.**

3 Wir Naturfreund*innen kämpfen für das „gute Leben für alle“. Wir streiten für Werte wie Solidarität
4 und Gerechtigkeit. Wir rücken Umweltschutz in den Fokus, ermöglichen Familien eine spannende Zeit
5 in der Natur und füllen unsere Naturfreundehäuser mit Leben. Wir spenden unsere Zeit und Energie
6 für den Verband. Aufgrund von aktuellen ökologischen und politischen Veränderungen, Gefahren und
7 Krisen ist das wichtiger denn je. Oft vergessen wir hierbei uns selbst.

8 Große Erfolge unserer Arbeit sind indessen kaum sichtbar, während die Klimaveränderungen immer
9 drängender werden und antidemokratische Kräfte an Einfluss gewinnen. Die Herausforderungen für
10 ökologisch und politisch engagierte Menschen nehmen stetig zu. Vermehrt sind sogar Beeinträch-
11 tigungen der mentalen Gesundheit, zusammengefasst unter dem Begriff der Klimaangst (climate
12 change anxiety oder auch CAA), zu beobachten (Cosh et al., 2024). Besonders betroffen sind u.a.
13 Personen, die im Klimaaktivismus tätig sind (vgl. Ogunbode et al., 2022). Klimaangst steht in Verbin-
14 dung mit verschiedenen Symptomen psychischer Erkrankungen wie Depressionen und generalisierten
15 Angststörungen (Schwartz et al., 2023). Ein zentrales Problem hierbei ist die Wahrnehmung der Be-
16 deutungslosigkeit individueller Handlungen angesichts der enormen Herausforderungen des Klima-
17 wandels. Als mögliche Lösung gilt daher das kollektive Handeln, um ein Gefühl der Handlungsfähigkeit
18 zu erzeugen. Das theoretische Modell der Klimaangst und -bewältigung von Crandon et al. (2024)
19 verdeutlicht, dass die Anwendung adaptiver Strategien es einer mit Klimaangst konfrontierten Person
20 ermöglicht, trotz der Bedrohung sinnvoll zu funktionieren und im Leben voranzukommen. Dies zeigt
21 eines sehr deutlich: Unsere Stärke im Klima- und sozialen Aktivismus liegt in unserer Gemeinschaft.
22 Sie ermöglicht nicht nur direkte kollektive Maßnahmen gegen die Ursachen der Klimakrise, sondern
23 auch adaptive Strategien zur Bewältigung negativer Emotionen und sogar depressiver Symptomatik
24 (Schwartz et al., 2023).

25 Wir als NaturFreunde Württemberg sehen dies als dringende Herausforderung für die in unserem
26 Verband engagierten Menschen. Unser ausdrückliches Ziel ist es, nachhaltigen Aktivismus zu ermög-
27 lichen und dafür Strukturen zu erarbeiten.

28 Insbesondere aber nicht ausschließlich werden hierfür folgende Strategien verfolgt und gefördert:

- 29 • **Gemeinschaft stärken:** Teambildende Maßnahmen für ehrenamtlich und hauptamtlich Aktive
30 stärken das Wir-Gefühl. Zudem können erfahrene Mitglieder als Mentoren fungieren und neue
31 Ehrenamtliche unterstützen. Dies schafft ein Gefühl der Gemeinschaft und hilft, Isolation zu ver-
32 meiden.
- 33 • **Besinnung auf unsere zentralen Werte:** Die NaturFreunde-Bewegung ist historisch aus der Arbei-
34 ter*innenbewegung erwachsen und zeigt Flagge für Solidarität und setzt sich für Umweltschutz
35 ein. Für das aktive Engagement ist es von zentraler Bedeutung wofür gekämpft wird. Es gilt, diese
36 Werte bei Veranstaltungen und Aktionen sichtbar zu machen.
- 37 • **Flexibilität und Engagement-Balance:** Grenzen zur Übernahme von zusätzlichen Aufgaben wer-
37 den akzeptiert. Flexible Einsatzzeiten und gut abgestimmte Gremientermine sollen eine gesunde
38 Balance zwischen ehrenamtlichen sowie hauptamtlichen Engagement und dem Privatleben unter-
39 stützen. Nur durch gegenseitige Akzeptanz individueller Grenzen und Bedürfnisse, kann Aktivismus
40 nachhaltig werden.
- 41 • **Regelmäßige Pausen und Freizeitaktivitäten:** Möglichkeiten, dass die ehrenamtlich und haupt-
42 amtlich Aktiven Zeit haben, sich zu erholen und abzuschalten. Auch Gemeinsame Freizeitaktivi-
43 täten in der Natur sind adaptive Strategien zur Bewältigung negativer Emotionen und können
44 zudem das Gemeinschaftsgefühl stärken.

- 79 Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags mit folgender
80 Änderung in Zeile 2:
81 **Appell an unsere Organisation statt Antrag**

A 28



Bei fünf Ja-Stimmen wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Unsere Organisation 3

1 **Antragsteller*innen: Ortsgruppe Schwaikheim**

2 **Antrag: Schnuppermitgliedschaft auch auf Ortsgruppenebene**

3 Wir beantragen den Ortsgruppen zu ermöglichen, ebenfalls eine sogenannte Schnuppermitglied-
4 schaft für 2 Jahre einzuführen. Dazu müsste der von der Ortsgruppe an den Landesverband zu zah-
5 lende Beitrag für Schnuppermitglieder um ein Drittel ermäßigt werden. Eine „Probemitgliedschaft“
6 ist eine Strategie, die es potenziellen Mitgliedern ermöglicht, die Gemeinschaft der NaturFreunde
7 Württemberg kostengünstig „zu testen“, bevor sie sich langfristig binden. Sie sind effektiv, weil sie den
8 Menschen eine einfache Möglichkeit bieten, die Vorteile Ihrer Mitgliedschaft zu erkunden, ohne eine
9 große Vorabinvestition zu tätigen.

10 **Begründung:**

11 Vorteile dieses Angebots

12 1. Ermutigt dazu Mitglied zu werden. Die Anzahl der Personen, die beitreten kann sich
13 erhöhen.

14 2. Wir geben unseren potenziellen Mitgliedern die Möglichkeit, sich zu vergewissern, dass Ihre
15 Mitgliedschaft bei uns das Richtige für sie ist, bevor sie sich länger verpflichten.

16 3. Bietet Ihnen wertvolles Feedback und viele Mitglieder sind während der Testphase auch am
17 aktivsten. Dieses Feedback kann uns helfen, die Mitgliedschaft für unsere bestehenden Mitglieder zu
18 verbessern. Es kann uns auch helfen, die Mitgliedschaft so zu verbessern, so dass wir in Zukunft mehr
19 Probemitglieder gewinnen können.

20 4. Schafft das Potenzial für höhere Einnahmen. Wenn wir eine günstige, aber kostenpflichtige
21 Schnuppermitgliedschaft anbieten, können wir unsere Einnahmen erhöhen.

22 Adressat*innen:

23 Landeskonferenz mit Weiterleitung als Antrag zum Bundeskongress

24 **Die Antragskommission gibt keine Empfehlung ab.**

25 **Abstimmung:**

ja

nein

Enthaltung



Bei fünf Ja-Stimmen wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Unsere Organisation 4

1 **Antragsteller*innen: Ortsgruppe Schwaikheim**
2 **Antrag: Werbung in der Zeitschrift NaturfreundIn für**
3 **Schnuppermitgliedschaft auch auf Ortsgruppenebene**

4 Der Bundesverband wird gebeten, die Werbung in der Mitgliederzeitschrift „Naturfreundin“ so zu
5 verändern, dass nicht nur für die sogenannte Schnuppermitgliedschaft bei der Bundesgruppe,
6 sondern gleichfalls für die Mitgliedschaft in einer Ortsgruppe geworben wird, wie dies auch auf der
7 Internetseite der Bundesgruppe der Fall ist.

8 **Begründung:**

9 Der wesentliche Teil der Tätigkeit der Naturfreunde erfolgt in den örtlichen Gruppen. Die Naturfreun-
10 de-Ortsgruppen sind fast immer die Eigentümer und Betreiber der Naturfreunde Häuser. Naturfreun-
11 de-Ortsgruppen sind darauf angewiesen, den Verlust von Mitgliedern durch Austritt oder Tod durch
12 Neueintritte auszugleichen. Dafür werben die Ortsgruppen vor Ort in ihrer Region. Durch die Wer-
13 bung in der Mitgliederzeitschrift wird der Eindruck erweckt, als sei nur der Beitritt zur Bundesgruppe
14 möglich.

15 Adressat*innen:

16 Landeskonzferenz mit Weiterleitung als Antrag zum Bundeskongress

17 **Die Antragskommission gibt keine Empfehlung ab.**

18 **Abstimmung:** ja nein Enthaltung



Bei fünf Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich angenommen.

Anhang Unsere Organisation 5

Antragsteller*innen: Fachgruppe Stärkenberatung

Antrag: Ergänzung der Verbandsstruktur, neue Wege Denken!

Die Landeskonferenz der NaturFreunde Württemberg beschließt den Landesvorstand zu beauftragen, die Ergänzung der bisherigen Verbandsstruktur um ein zusätzliches Element der Unselbstständigen Gruppe (UG) zu prüfen, vorzubereiten und eine entsprechende Satzungsänderung bis zur nächsten Landeskonferenz vorzubereiten.

Als mögliches Modell für die Strukturergänzung schlägt die Fachgruppe Stärkenberatung folgendes Modell für die UG vor: Eine unselbstständige Gruppe sind Einzelmitglieder, in deren Wohnumfeld keine als Verein organisierte Ortsgruppe existiert und die sich als unselbstständige Ortsgruppe bilden und erklären.

Unselbstständige Ortsgruppen

- benennen ein*e in einer protokollierten Gruppenversammlung zu bestimmend*e Gruppensprecher*in,
- erhalten das Recht, ein*e in einer protokollierten Gruppenversammlung zu bestimmend*e stimmberechtigt*e Delegiert*e zur Landeskonferenz zu entsenden und
- erhalten einen pro Kopf der Mitglieder festgelegtes Gruppengeld zu Verfügung, das als einfache Einnahme-Ausgaben-Listung jährlich mit dem Landesvorstand abzurechnen ist.

Begründung:

Eine zunehmende Anzahl noch vorhandener Ortsgruppen hat massive Probleme, einen satzungsgemäßen Vorstand zu bilden, so dass die Auflösung der in der Regel als Verein organisierten Ortsgruppe droht. Parallel gibt es zunehmend neue Mitglieder, die keine Ortsgruppe mehr vorfinden.

Bei Auflösung einer Ortsgruppe droht der Verlust der Mitglieder, weil kein gemeinsamer „Ort“ im Wohnumfeld mehr existiert. Neuen Mitgliedern, die keine Ortsgruppe (mehr) vorfinden, fehlt eine Möglichkeit, sich aktiv vor Ort als NaturFreund*innen einzubringen und die Idee der Naturfreunde vor Ort zu entwickeln. Die Hürde zur Gründung einer neuen, eigenen, als Verein organisierten Ortsgruppe, ist sehr hoch und wirkt abschreckend. Die unselbstständige Gruppe soll eine Möglichkeit schaffen, durch Schließung von Ortsgruppen „frei“-werdende Mitglieder aufzufangen und neue, bisher „freie“ Mitglieder zu binden und ihnen eine Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung und Teilhabe zu bieten.

Die unselbstständige Gruppe ist nicht als Konkurrenz zu den bestehenden Strukturen gedacht!

Direkte zusätzliche Kosten entstehen dem Landesverband aus der UG nicht.

Indirekte Kosten entstehen aus der Abrechnung der Gruppengelder und dem dafür notwendigen Verwaltungsaufwand in der Landesgeschäftsstelle.

Dieser Antrag wird in gleicher Fassung in den Landeskonferenzen der Naturfreunde Baden und der Naturfreunde Württemberg gestellt.



40 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags mit folgenden**
41 **Änderungen.**

- 42 • Zeile 14 und 15:
43 „erhalten das Recht, ein*e in einer protokollierten Gruppenversammlung zu bestimmend*e stimmbe-
44 rechtigt*e Delegiert*e zur Landeskonzferenz zu entsenden und
45 ersetzen durch
46 „erhalten das Recht, in einer protokollierten Gruppenversammlung zu bestimmend*e stimmberech-
47 tigt*e Delegiert*e gemäß Delegiertenschlüssel zur Landeskonzferenz zu entsenden und“
- 48 • Zeile 16:
49 „erhalten einen pro Kopf der Mitglieder festgelegtes Gruppengeld zu Verfügung, das als einfache
50 Einnahme-Ausgaben-Listung jährlich mit dem Landesvorstand abzurechnen ist.“
51 ersetzen durch
52 „erhalten ein Budget analog zur Anzahl der Gruppenmitglieder zur Verfügung, das als einfache Ein-
53 nahme-Ausgaben-Listung jährlich mit dem Landesvorstand abzurechnen ist.“
- 54 Zeile 37: Ergänzen nach Gruppengelder, „diesen selbst“ und....
-

55 **Abstimmung:** ja nein Enthaltung



Bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich angenommen

Unsere Organisation 6

1 **Antragsteller*innen: Landesjugendvorstand**

2 **Antrag: Fördermittelakquise - notwendige Arbeit zur Stabilisierung des Verbandshaushaltes**

3 Angesichts der angespannten finanziellen Lage unseres Vereins ist es von größter Bedeutung, dass wir
4 verstärkt externe Fördermittel akquirieren. Externe Fördermittel bieten eine wertvolle Unterstützung,
5 die es uns ermöglicht, unsere Projekte fortzuführen, auszubauen oder neue Projekte im Rahmen der
6 Naturfreunde-Arbeit zu starten. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass die Antragsstellung inner-
7 verbandlich so einfach und unbürokratisch wie möglich gestaltet wird, um alle Mitglieder zu ermuti-
8 gen, sich aktiv an der Mittelbeschaffung zu beteiligen.

9 Um die Antragsstellung zu erleichtern, sollen bestehende bürokratische Hürden innerhalb des Vereins
10 abgebaut werden. Es dürfen keine zusätzlichen bürokratischen oder prozessualen Hürden aufgebaut
11 werden, die die Antragsstellung erschweren könnten. Im Besonderen aufgrund der Kurzfristigkeit der
12 Projektlandschaft sind kurze Wege und Vertrauensvorschüsse notwendig um Erfolge zu erzielen. Die
13 innerverbandlichen Prozesse zur Antragsstellung sollen somit vereinfacht und transparenter gestal-
14 tet werden. Alle Gliederungen unseres Vereins werden dazu aufgerufen, gezielt Anträge für externe
15 Fördermittel im Sinne der naturfreundlichen Arbeit zu stellen.

16 **Adressat*innen:**

17 Landesvorstand und alle weiteren Gliederungen der NaturFreunde Württemberg

18 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags mit folgender**
19 **Änderung.**

20 Zeile 3: Die Worte „unseres Vereins“ ersetzen durch die Worte „der NaturFreunde“

21	<u>Abstimmung:</u>	ja	nein	Enthaltung
----	---------------------------	-----------	-------------	-------------------



Antrag wurde an den erweiterten Landesvorstand überwiesen.

Unsere Organisation 7

1 **Antragsteller*innen: Landesjugendvorstand**

2 **Antrag: NaturFreund*in sein, heißt Vielfalt und Inklusion zu leben**

3 Jeden Tag werden Menschen benachteiligt und diskriminiert. Wir als NaturFreunde Württemberg
4 wollen Diskriminierung und Ausgrenzung bekämpfen. Aus diesem Grund setzen wir uns für Inklusion
5 und Teilhabe von Menschen mit Behinderung ein. Dabei sind die UN-Behindertenkonvention und
6 das Grundgesetz (Artikel 3 GG) für uns maßgebend. Denn „Niemand darf wegen seiner Behinderung
7 benachteiligt werden“ (Artikel 3 GG). Diesen Grundsatz verfolgen wir. Dabei muss dieser Kampf für
8 Teilhabe und Inklusion gemeinsam und solidarisch geführt werden. Und das beginnt schon bei uns im
9 Verband.

10 Bewusstsein im Verband Wir als NaturFreunde Württemberg stehen für eine offene, tolerante und
11 vielfältige Gesellschaft. Denn jeder Mensch hat das Recht ohne Einschränkungen sein Leben selbstbe-
12 stimmt und frei zu leben. Dabei müssen wir uns als Verband, aber auch jeder sich selbst reflektieren.
13 Erst so können wir Benachteiligungsmuster erkennen und abbauen, sodass wir eine Gesellschaft für
14 alle schaffen. Aus diesem Grund setzen wir uns als NaturFreunde Württemberg folgende Ziele:

- 15 • Das Schaffen von Bewusstsein für das Thema Inklusion, durch Informationsmaterial und Veran-
16 staltungen
- 17 • Unsere Strukturen und unsere Arbeitsweisen kritisch hinterfragen und zu reformieren. Erst so
18 kann strukturelle Benachteiligung bekämpft und Inklusion gefördert werden.
- 19 • Wir müssen uns stärker vernetzen, gerade im Themenfeld Inklusion müssen wir aktiv mit Behin-
20 dertenhilfsorganisationen, Behindertenvereinen und Verbänden in Kontakt treten
- 21 • Wir kommunizieren das Thema Inklusion und Behinderung offen und aktiv innerhalb der Natur-
22 Freunde Württemberg, teilen Erfahrungen und stärken uns gegenseitig
- 23 • Sämtliche Informationsangebote, auch Webseiten sollten barrierearm und inklusiv gestaltet wer-
24 den, u.a. durch leichte Sprache und Gebärdensprache. Dazu gehört auch, veraltete Dokumente zu
aktualisieren und umzugestalten, sodass diese allen Menschen zugänglich werden.
- 25 • Unsere Wortwahl, Kommunikations- und Ausdrucksweise aktiv kritisch zu hinterfragen und statt-
26 dessen eine inklusive, diverse Sprache zu nutzen, die niemanden ausgrenzt weder Menschen mit
27 noch ohne Behinderung
- 28 • Den Austausch zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu stärken und engagiert weiter-
zuentwickeln

29

30 Toleranz und Inklusion in Bildungsangeboten

31 Bildung steht jedem Menschen zu, unabhängig von Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht und körper-
32 lichen, geistigen und/oder seelischen Beeinträchtigung. Deshalb müssen auch wir als NaturFreunde
Württemberg unsere Bildungsangebote umstrukturieren und umdenken, sodass allen Menschen der
33 Zugang zu Bildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten ermöglicht wird. Hierfür wollen wir folgende
34 Punkte umsetzen:

- 35 • Ein größeres Angebot für Weiterbildungsmöglichkeiten und Qualifikationen im Bereich inklusive
36 (Jugend-) Arbeit für alle Mitarbeitende zu schaffen und auszubauen.
- 37 • In der Juleica-Ausbildung zum Thema Inklusion und Barrierefreiheit zu sensibilisieren
- 37 • Die Juleica-Ausbildung barrierearm zu gestalten um mehr Menschen den Zugang zu dieser Wei-
terbildung zu ermöglichen
- 38 • Formate, Strukturen und Möglichkeiten zu schaffen, um sich zum Thema Inklusion auszutauschen.
- 39 • (Weiter-) Bildung steht jedem zu, auch Menschen mit Behinderung, deshalb müssen wir inklusive
40 Weiterbildungen aufbauen und stärken
- 41 • Zusammenarbeit mit Bildungsstätten von Behindertenvereinen und -stiftungen starten und aus-
bauen
- 42 • Weiterbildungen und Qualifizierungen für Fachkräfte und Mitarbeitende zu ermöglichen. Diese
43 Weiterbildungen beschäftigen sich mit Inklusion und der Zusammenarbeit von Menschen mit und
44 ohne Behinderung im Arbeitsalltag.



Freizeitgestaltung und Sport für alle

Die eigene Freizeit selbstbestimmt gestalten zu dürfen ist ein Privileg, dass nicht alle Menschen haben. Menschen mit Behinderung sind davon betroffen, da Barrieren sie einschränken über ihre eigene Freizeit zu bestimmen. Wir als NaturFreunde Württemberg möchten dazu beitragen, dass auch Menschen mit Behinderung ihre Freizeitaktivitäten frei und ohne Barrieren ausleben und gestalten können. Das beginnt schon bei unseren Veranstaltungen, Freizeiten und Sportangeboten.

- Sportangebote, Freizeiten und Veranstaltungen sollten so barrierearm wie möglich gestaltet werden
- Externe Unterkünfte sollten unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit ausgesucht werden. Auch in Ausschreibungen von Veranstaltungen oder Aktivitäten soll die Barrierefreiheit gekennzeichnet werden.

- Unsere Kommunikation muss ebenfalls barrierearm werden, dazu gehört Ausschreibungen und Informationen nach Möglichkeit (zum Beispiel Internetseiten, Videos o.ä.) in leichter Sprache, mit Untertiteln und Gebärdensprache zur Verfügung zu stellen

- Entwicklung von inklusiven Veranstaltungen und Angeboten. Hierbei ist es notwendig mit Behindertenvereinen und Behindertenhilfsorganisationen zusammenzuarbeiten

- Damit solche inklusiven Veranstaltungen auch von Menschen mit Behinderung wahrgenommen werden können, müssen dazu geeignete Informationen zur Verfügung gestellt werden

- Inklusive Angebote und die Zusammenarbeit von Ortsgruppen mit Behindertenorganisationen müssen gefördert werden. Hierbei sollten auch Förderungsprogramme wie „Aktion Mensch“ genutzt werden

- Einrichtung einer Plattform für Inklusion innerhalb der NaturFreunde Württemberg Unserer Naturfreundehäuser inklusiv gestalten Alle Menschen soll ein inklusiver und freier Zugang zu unseren Naturfreundehäusern und Bildungsstätten ermöglicht werden. Da dieser Zugang in vielen unserer Häuser noch nicht gewährleistet oder noch ausbaufähig ist, müssen wir:

- Unsere Freizeit- und Bildungsstätten barrierearm gestalten und Barrierefreiheit bei jedem Umbau und Modernisierung mitzudenken

- Personal und Mitarbeitende schulen Barrieren abzubauen und barrierearme Maßnahmen umzusetzen und zu nutzen

- Projekte zu unterstützen, die inklusive und integrierende Maßnahmen an Häusern durchführen

- Ein Konzept entwickeln, um unsere Häuser attraktiv und inklusiv für Menschen mit Behinderung zu gestalten

Unsere Forderungen an die Politik

Wir als NaturFreunde Württemberg leben Offenheit und Toleranz. Doch damit unsere Zivilgesellschaft inklusiv und integrativ wird, braucht es eine Zusammenarbeit zwischen Politik und Zivilgesellschaft.

Deshalb fordern wir von unserer Landespolitik in Baden-Württemberg folgendes:

- Vereine müssen von politischen Entscheidungsträger*innen als Ort der Inklusion anerkannt und entsprechend gefördert werden.

- Menschen mit und ohne Behinderung dürfen bei Inklusionsprozessen nicht übergangen werden. Jeder Mensch hat das Recht selbstbestimmt entscheiden zu dürfen, auch beim Thema Inklusion.

- Das neben der Lautsprache auch andere Kommunikationswege (Gebärdensprache, leichte Sprache) in einer inklusiven Bildung und Gesellschaft geschaffen werden.

- Vereine und Verbände müssen finanziell besser ausgestattet werden- erst so können deren Ziele und Aufgaben mit Hinblick auf Inklusion ausreichend finanziert werden. Ohne ausreichende Finanzierung kann auch keine ausreichende Inklusion stattfinden!

- Des Weiteren muss ein Förderungs- und Investitionsprogramm für Bildungs- und Freizeitstätten aufgebaut werden. Erst dadurch kann ein barrierefreier Zugang in diese Stätten für alle geschaffen werden.

- Auf allen föderalen Ebenen muss die Finanzierung so einfach wie möglich geregelt werden, d.h. Bürokratie abzubauen und die Finanzierung einfacher zu gestalten

- Gruppen vor Ort müssen entlastet werden. Das heißt Zugang zu flexiblen und unbürokratischen Mitteln zur Finanzierung von inklusiven Angeboten zu erleichtern.



- 90 • Eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung steht jedem Menschen zu, um das zu gewährleisten ist die
 91 Betreuung von Menschen mit Behinderung, die Hilfsbedarf benötigen, zu finanzieren.
 92 • Projekte wie „Impulse Inklusion“ müssen ausgeweitet und stärker finanziell ausgestattet werden
 93 • Die stärkere Zusammenarbeit des Landes Baden-Württembergs, dessen Gemeinden und Landkreise
 94 mit Werkstätten, Stiftungen oder Vereinen in denen Menschen mit Behinderung aktiv sind

- 95 Beim Thema Inklusion darf man nicht sparen. Es geht um Menschen und eine verantwortungsvolle,
 96 diverse und tolerante Gesellschaft. Deshalb lasst uns für die Gleichheit aller eintreten und sie hier
 97 und jetzt umsetzen. Für eine bessere und solidarische Zukunft.

- 98 Berg frei!

99 **Adressat*innen:**

- 100 Alle Gliederungen der NaturFreunde Württemberg

-
- 101 Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags mit folgenden Ände-
 102 rungen.

- 103 Zeile 10: Das Wort „Denn“ ersatzlos streichen.

- 104 Zeile 31: Das Wort „Alter“ bei Nationalität, Hautfarbe... ergänzen

- 105 Zeile 66: Ergänzung: Personal, Mitglieder und Mitarbeitende
-

- 106 **Abstimmung:** **ja** **nein** **Enthaltung**



Anhang zu Antrag Umwelt 1

1 Neufassung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise, erweiterter Landesvorstand im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs. 2 BauGB

1. Allgemein

Eine Neufassung der Plausibilitätsprüfung soll das Ziel einer weiteren Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für eine bauliche Nutzung bis zum Jahr 2035 voranbringen. Ab dem Jahr 2035 soll es laut der Koalitionsverträge der letzten Landesregierungen seit 2011 die Netto-Null beim Flächenverbrauch gelten. D.h., Neuinanspruchnahme und Rückführung von ehemaligem Bauland als Freiland halten sich die Waage.

Mit in den letzten 3 Jahren durchschnittlich 4,43 ha Flächenverbrauch pro Tag für Siedlungsflächen liegt Baden-Württemberg noch weit weg vom Ziel der Netto-Null. Eine Schlüsselstellung für das Erreichen des Ziels nimmt im Rahmen der im Grundgesetz verankerten Planungshoheit der Kommunen die vorbereitende Bauleitplanung ein, d.h. der Flächennutzungsplan. In den Flächennutzungsplänen soll nach § 5 BauGB die geplante Nutzung der Flächen in der Zukunft erkennbar sein. Flächennutzungspläne müssen genehmigt werden. Somit kommt der genehmigenden Behörde die Rolle zu mittels einer Plausibilitätsprüfung sicher zu stellen, dass nur die Fläche in Anspruch genommen wird, die wirklich benötigt wird.

2. Wohnbau

Die bisherige Plausibilitätsprüfung hat im Bereich Wohnbau zwei Schwachstellen, die verhindert haben, dass die Prüfung tatsächlich zu einer Verringerung des Flächenverbrauchs geführt bzw. die Siedlungsentwicklung so gesteuert hat, dass tatsächlich dort gebaut wurde, wo Flächen wirklich benötigt wurden.

Die erste Schwachstelle ist die dauernde Berücksichtigung einer Verringerung der Belegungsdichte. Sie wird derzeit mit einem fiktiven Bevölkerungszuwachs von 0,3 % pro Jahr eingerechnet. Sie hat sich jedoch seit 2009 so gut wie nicht verändert und liegt in Baden-Württemberg derzeit bei 2,1 Bewohnern pro Wohnung. Gestiegen ist jedoch die Wohnfläche pro Bewohner. Sie liegt mittlerweile bei über 47 m². Die bisherige Herleitung der Formel für die Plausibilitätsprüfung hat diese Entwicklung als gottgegeben hingenommen und immer weiter in die Zukunft verstetigt. Im Sinne einer Steuerung des Flächenverbrauchs hin zur Netto-Null ist dieser Komfortbedarf nicht mehr zu berücksichtigen. Auch die konstatierte Singularisierung der Haushalte mit einer Zunahme an Ein-Personen-Haushalte, vor allem durch demographische Effekte, muss zu mehr Anstrengungen für eine bedarfsgerechte Wohnraumversorgung führen anstatt zu einer Begründung für mehr Flächenverbrauch. Deshalb ist die Berücksichtigung einer Verringerung der Belegungsdichte aus der Formel zu streichen.

Die zweite Schwachstelle ist das Ausbleiben der Förderung von flächensparenden Bauweisen. Die angegebenen Werte für die Bruttowohnmindestdichte sind insgesamt zu niedrig und für die kleinen Gemeinden eklatant zu niedrig. Das fördert keine flächensparende Bauweise, wie es das Baugesetzbuch vorsieht. Die Mindestwerte für die Gemeindetypen in den Regionalplänen sind zu erhöhen,

- bei Oberzentren von 90 auf 110 Einwohner pro ha,
- bei Mittelzentren von 80 auf 100 Einwohner pro ha,
- bei Unter und Kleinzentren von 70 bzw. 60 auf 90 Einwohner pro ha und
- für sonstige Gemeinden von 50 auf 75 Einwohner pro ha.

Gemeinden, in denen laut Regionalplan keine über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungstätigkeit stattfinden soll, sollen keine weiteren zusätzlichen Flächen im Außenbereich ausweisen dürfen.



Somit ist lediglich die Einwohnervorausberechnung des Statistischen Landesamtes Grundlage für eine Flächenneuausweisung. Ein berechneter Bedarf bis zum Jahr 2035 wird mit der Bruttowohnmindestdichte multipliziert und ergibt den Flächenbedarf. Von ihm sind die Innenentwicklungspotenziale in der Gemeinde abzuziehen. Grundsätzlich müssen alle Innenentwicklungspotenziale berücksichtigt werden. Dies soll dazu führen, dass diese auch wirklich entwickelt werden und nicht der Weg des geringsten Widerstands, in Form einer Außenentwicklung, gegangen wird.

Erst wenn die Gemeinde nachweisen kann, dass sie bereits viele Anstrengungen unternommen hat, wie z. B.

- Führen eines Baulückenkatasters und Benachrichtigung der Baulückeninhaber, oder
 - Aussprechen eines Baugebots nach § 176 BauGB, oder
 - Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken nur mit Bauverpflichtung, oder
 - Einführung eines Baulandentwicklungskonzept, das Baulücken verhindert, oder
 - Beaufschlagung von baureifen und unbebauten Grundstücken mit einer Grundsteuer C,
- kann sie nachweislich nicht mobilisierbare Innenentwicklungspotenziale von den zu berücksichtigenden Innenentwicklungspotenzialen abziehen.

Ein Mehrbedarf an Bauflächen für Wohnungsbau bei akutem Wohnbauflächenmangel und fehlenden Wohnbauflächen ist entgegen der bisherigen Praxis der Plausibilitätsprüfung nicht anzuerkennen.

Diese Ausnahme erlaubte es, die Formel quasi auszusetzen und neben einem rechnerisch ermittelten Bedarf her Bauland auszuweisen. Das ist ein Systembruch und verleitet zum Missbrauch. Auf jeden Fall ist es kein Beitrag zur Senkung des Flächenverbrauchs, sondern befördert ihn nur noch.

3. Gewerbebau

Der prognostizierte Gewerbeflächenbedarf muss nachvollziehbar dargestellt und begründet sein. Für die Berechnung des Gewerbeflächenbedarfs muss zum einen der zusätzliche Gewerbeflächenbedarf ortsansässiger Unternehmen begründet dargestellt werden. Zum anderen muss ein eventueller zusätzlicher Flächenbedarf für Neuansiedlungen unter Darlegung der angewandten Berechnungsmethode der Flächenbedarfsprognose begründet dargestellt werden. Der zusätzliche Flächenbedarf für Neuansiedlungen ist nur in Ober- und Mittelzentren bzw. in Regionalplänen festgelegten Schwerpunkten gestattet. Das wird dem raumordnerischen Leitbild der dezentralen Konzentration am ehesten gerecht. Zum Ausgleich des Gewerbesteueraufkommens sind vorzugsweise interkommunale bzw. regional organisierte Gewerbegebiete anzustreben.

Vom errechneten Bedarf sind die noch vorhandener Flächenpotenziale in bestehenden Gewerbegebieten abzuziehen. Etwaige Optionsflächen sind nicht zu berücksichtigen, da diese schon im zusätzlichen Gewerbeflächenbedarf ortsansässiger Unternehmen enthalten sind.

Weiterhin ist in Bauleitplänen auf mehrgeschossiges Bauen hinzuwirken. Neue Produktionsmethoden bzw. moderne Organisation von Produktion erlauben dies ohne weiteres. Zudem sind die für die Parkierung vorgesehenen Flächen gegenüber ebenerdigem Parken zu reduzieren – zum einen durch verbesserte Angebote im ÖPNV oder fürs Radfahren zum anderen durch den Bau von nur noch gestapelten Parkplatzflächen (Parkhäuser/-decks). Des Weiteren sollen die Kommunen bei bestehenden Gewerbeflächen/ in bestehenden Gewerbegebieten aktives Flächen- bzw. Gebietsmanagement betreiben. Diese vorne genannten Aktivitäten sind für die Bewilligung von zusätzlichem Flächenbedarf für Neuansiedlungen zwingend nachzuweisen.



Bei zwei Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag Umwelt 1

1 **Antragsteller*innen: Fachbereich Umwelt NaturFreunde Württemberg, erweiterter Landesvorstand**
 2 **Antrag: Wie weiter nach dem vorläufigen Scheitern des Volksantrags „Ländle leben lassen!“**
 3 **NaturFreunde gegen den weiter fortschreitenden Flächenverbrauch!**

4 1. Die NaturFreunde Württemberg fordern die Landesregierung auf endlich entschieden gegen den
 5 weiter fortschreitenden Flächenverbrauch vorzugehen und ihr eigenes gestecktes Ziel einer deutli-
 6 chen Reduzierung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für eine bauliche Nutzung bis 2035
 7 und der Einhaltung der Netto-Null ab 2035 einzuhalten.
 8 2. Die NaturFreunde Württemberg fordern die Landesregierung auf - trotz der Ablehnung des Volks-
 9 antrags „Ländle leben lassen!“ im Landtag - zusammen mit den Initiatoren des Volksantrags über
 10 Instrumente zur Reduzierung des Flächenbedarfs zu beraten.
 11 3. Die NaturFreunde Württemberg fordern die Landesregierung auf die Genehmigungsvorausset-
 12 zungen für die Ausweisung von neuen Bauflächen derart zu verschärfen, dass die von ihr selbst gesteck-
 13 ten Ziele (siehe oben) auch erreicht werden können. Dafür ist die Plausibilitätsprüfung der Bauflä-
 14 chenbedarfsnachweise im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs. 2 BauGB neu
 15 zu fassen. Wir machen hierzu einen Vorschlag (siehe Anhang).

16 **Begründung**

17 Mit in den letzten 3 Jahren durchschnittlich 4,43 ha Flächenverbrauch pro Tag für Siedlungsflächen
 18 liegt Baden-Württemberg noch weit weg vom Ziel der Netto-Null. Ab dem Jahr 2035 soll es laut der
 19 Koalitionsverträge der letzten Landesregierungen seit 2011 die Netto-Null beim Flächenverbrauch
 20 gelten. D.h., Neuinanspruchnahme und Rückführung von ehemaligem Bauland als Freiland halten sich
 21 die Waage.

22 Deshalb war es enttäuschend, dass der Landtag von Baden-Württemberg mit nur einer Stimme für
 23 den Volksantrag denselben zu Fall gebracht hat. Die Ablehnung kann in dieser wichtigen, unsere Le-
 24 bensgrundlagen betreffenden Sache nicht das letzte Wort gewesen sein. Die Landesregierung muss in
 25 Verantwortung für nachkommende Generationen nun Instrumente ergreifen, die trotz der Ablehnung
 26 des Volksantrags „Ländle leben lassen!“ eine Trendwende hin zur Netto-Null ab 2035 realistisch wer-
 27 den lassen. Die Initiatoren des Volksantrags, zu denen auch die NaturFreunde in Baden-Württemberg
 28 gehören, sind bereit ihre Ideen einzubringen und mit den zuständigen Ministerien zu diskutieren. Eine
 29 Idee haben wir im Anhang schon formuliert.

30 Eine Schlüsselstellung für das Erreichen des Ziels nimmt im Rahmen der im Grundgesetz veranker-ten
 31 Planungshoheit der Kommunen die vorbereitende Bauleitplanung ein, d.h. der Flächennut-zungsplan.
 32 In den Flächennutzungsplänen soll nach § 5 BauGB die geplante Nutzung der Flächen in der Zukunft
 33 erkennbar sein. Flächennutzungspläne müssen genehmigt werden. Somit kommt der genehmigenden
 34 Behörde die Rolle zu mittels einer Plausibilitätsprüfung sicher zu stellen, dass nur die Fläche in An-
 35 spruch genommen wird, die wirklich benötigt wird.

36 Eine Neufassung der Plausibilitätsprüfung für die Genehmigung von Flächennutzungsplänen (siehe
 37 Anhang) soll das Ziel einer weiteren Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für
 38 eine bauliche Nutzung bis zum Jahr 2035 voranbringen.

39 **Adressat*innen:**

40 Landesregierung, Landtagsfraktionen

41 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags**

42 **Abstimmung:** ja nein Enthaltung



Antrag wurde an den erweiterten Landesvorstand überwiesen.

Antrag Umwelt 2

1 **Antragsteller*innen: Fachbereich Umwelt Naturfreunde Württemberg, erweiterter Landesvorstand**
2 **Antrag: Keine Privatisierung der Wasserversorgung**

3 Wir fordern den Landtag Baden-Württemberg auf, im Europaausschuss zu dieser Frage wie schon bei
4 früheren Änderungen der Konzessionsvergaberichtlinie Stellung zu nehmen und eine Weitergeltung
5 der Ausnahmeregelung für die Wasserwirtschaft zu fordern.

6 **Begründung**

7 Die Bereichsausnahme zur Konzessionsvergaberichtlinie für Wasser steht erneut im Mittelpunkt der
8 Vergaberechtsreform. Die bisherige Konzessionsvergaberichtlinie, die europaweite Ausschreibungen
9 für staatliche Konzessionen vorschreibt, enthielt eine Ausnahme für die Wasserwirtschaft. Erst am
10 28.07.2023 berichtete die EU-Kommission über die Anwendung der Richtlinie 2014/23/EU vom 26.
11 Februar 2014 über die Konzessionsvergabe und die Ergebnisse bezüglich der Auswirkungen der Richt-
12 linie auf die Wasserwirtschaft (Seite 17: „keine eindeutigen Schlussfolgerungen über die Auswirkun-
13 gen auf die Wasserwirtschaft“).

14 Die EU-Kommission evaluiert nun die EU-Vergaberichtlinien (2014/23/EU, 2014/24/EU und 2014/25/
15 EU), um deren Wirksamkeit und Eignung zu bewerten. Sie will feststellen, ob die Richtlinien weiterhin
16 angemessen sind, um Transparenz, Wettbewerb und Effizienz zu fördern sowie Vergabeverfahren zu
17 vereinfachen und nachhaltiger zu gestalten. In ihrer Antrittsrede hat die Präsidentin der EU-Kommissi-
18 on eine EU-Wasserstrategie angekündigt und die Schaffung grenzüberschreitender Wasserinfrastruk-
19 tur und neben öffentlichen auch private Investitionen in die Diskussion gebracht. Am 29. Januar 2025
20 hat die EU-Kommission den Fahrplan „Ein Kompass für die Wettbewerbsfähigkeit der EU“ vorgelegt.

21 Für die Daseinsvorsorge haben sich in Deutschland kommunale und öffentlich getragene Organisa-
22 tionsformen bewährt und sind als Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung verfas-
23 sungsrechtlich und in den EU-Verträgen geschützt. Die erste erfolgreiche europäische Bürgerinitiative
24 „right2water“ hat deshalb klar gefordert, dass Wasser ein öffentliches Gut ist, das nicht den Binnen-
25 marktregeln unterliegen darf und nicht dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Pläne unter verstärkter
26 Einbeziehung privater Investoren bergen das Risiko einer unkontrollierbaren und kaum rückholbaren
27 Entwicklung.

28 In Baden-Württemberg sind viele Wasserversorgungen im Eigentum von gemischt-wirtschaftlichen
29 Stadtwerken. Der größte Wasserversorgungsbetrieb im Lande, die Wasserversorgung Stuttgart, ist
30 vollständig Eigentum eines privatwirtschaftlichen börsennotierten und damit kapitalmarktorientierten
31 Unternehmens. Zur Wasserversorgung Stuttgart gehört je ein Drittel der beiden großen Wasserzweck-
32 verbände Bodensee-Wasserversorgung (BWV) und Landeswasserversorgung (LWV), die das Trink-
33 wasser für mehrere Millionen Menschen beschaffen. Die Zukunft der Wasserversorgung Stuttgart hat
34 somit Auswirkung für die Trinkwasserversorgung mehrerer Millionen Menschen in Ba-Wü.
35 Im Rahmen der Neuorganisation des Vorstandes wurde die Trennung von der Wasserversorgung dis-
36 kutiert.

37 Zur Ermittlung des Sachverhalts in Stuttgart wurde (u.a. vom Landesnaturschutzverband B.-W. LNV AK
38 Stuttgart AG Daseinsvorsorge) ein Antrag auf Herausgabe von Umweltinformationen zur Wasserver-
39 sorgung Stuttgart gemäß Umweltverwaltungsgesetz Baden-Württemberg (UVwG) an das Finanzminis-
40 terium BW gestellt. Das Ministerium hat den Antrag ohne Berücksichtigung der EU-Informationsfrei-
41 heitsrichtlinie (Aarhus-Abkommen der EU) und des rechtskräftigen Urteils des VG Stuttgart gegen die
42 Stadt Stuttgart vom 02. Oktober 2024 abgelehnt. Der ausführlich begründete Widerspruch gegen die
43 Ablehnung des Antrags wurde noch nicht beschieden.



44 **Adressat*innen:**

45 Bundes- und Landtagsgeordnete des Europaausschusses

46 Mitglieder des Europa-Parlaments aus Baden-Württemberg

47 Landtagsfraktionen Baden-Württemberg

48 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags**

49 **Abstimmung:** ja nein Enthaltung



Antrag wurde an den erweiterten Landesvorstand überwiesen.

Antrag Umwelt 3

1 **Antragsteller*innen: Fachbereich Umwelt Naturfreunde Württemberg, erweiterter Landesvorstand**
2 **Antrag: Klimaanpassung durch Reform des Wasserhaushaltsrechts**

3 Das Land Baden-Württemberg wird aufgefordert, die Maßnahmen im Hinblick auf die großen Was-
4 serversorgungsbetriebe öffentlich zu erläutern damit die Kommunen und ihre Bürgerschaft über die
5 Risiken und die zu ergreifenden Maßnahmen informiert werden. Es ist zu klären, inwieweit diese für
6 die einzelnen Maßnahmen als Umweltinformationen nach dem Umweltinformationsgesetz (UVwG)
7 gelten und jeder Zugang zu diesen Umweltinformationen hat.
8 Der Bundes-Gesetzgeber wird aufgefordert, ein Programm als Grundlage für die Entwicklung eines
9 klimaangepassten Wasserrechts (WHG) auszuarbeiten.

10 Begründung:

11 Der Klimawandel hat das Wasserhaushaltsrecht bisher nicht erreicht. Nationaler Wasserdialo und
12 Nationale Wasserstrategie des Bundes vermögen eine rechts-sichere Bewältigung der drängenden
13 wasserwirtschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart nicht zu leisten. Der Gesetzgeber übt sich
14 einstweilen in der Be-schränkung auf bloße Detailspekte. Eine notwendige grundlegende Reform zur
15 Anpassung des Wasserhaushaltsgesetzes an den Klimawandel steht aus.

16 Die Landesregierung hat am 28. Januar 2025 (Landtagsdrucksache 17/7937) ausführlich zum
17 „Zukunftsthema Wasser“ Stellung genommen. Sie weist darauf hin, dass die Trinkwasser-Richtlinie
18 (EU) 2020/2184 im Januar 2021 in Kraft getreten ist und in der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) und
19 der Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV) umgesetzt wurde. Die wesentliche Änderung
20 ist die Einführung eines risikobasierten Ansatzes für die Sicherheit der Trinkwasserversorgung vom
21 Einzugsgebiet der Trinkwassergewinnungen über das Versorgungssystem bis zur Übergabe in Gebäu-
22 dewasserversorgungsanlagen (Trinkwasserinstallation) nach den verbindlichen Vorgaben der
23 EU-Richtlinie.

24 Die Landesregierung erwartet durch den Klimawandel u.a. folgende Entwicklungen, die sich auch auf
25 die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Wasserversorgung auswirken können:

- 26
27 - Zurückgehende Grundwasserneubildung
28 - Abnehmende Quellschüttungen
29 - Zunehmender Spitzenverbrauch beim Trinkwasser durch heißere Sommer und längere
30 Trockenperioden
31 - Zunahme an Konkurrenzsituationen bei der Nutzung des Grundwasserdargebots
32 - Zunahme an Extremwettersituationen, wie Starkregenereignisse

33 Beim Projekt Masterplan Wasserversorgung, welches das Land unter Federführung des Ministeriums
34 für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft derzeit durchführt, werden die Folgen des Klimawandels auf
35 die öffentliche Trinkwasserversorgung landesweit untersucht. Im Ergebnis erhalten die Kommunen
36 und Wasserversorgungsunternehmen Empfehlungen, die sie unterstützen können, ihre Wasser-
37 versorgung klimaresilient und zukunftsfähig aufzustellen.

38 Die Grundwasserneubildung aus Niederschlag (GWN) ist großräumig die bedeutendste Zuflusskompo-
39 nente für die Grundwasservorkommen in Baden- Württemberg.

40 Aufgrund der prognostizierten Entwicklung (unterdurchschnittliche Werte im Vergleich der Normalpe-
41 rioden) hat das Land das Projekt mit 9 % Masterplan Wasserversorgung initiiert.

42 Der Landesregierung liegen keine Informationen darüber vor, in welchem Zustand sich die baden-
43 württembergische Wasserinfrastruktur befindet. Die öffentliche Wasserversorgung ist eine Aufgabe
44 der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Kommunen und die Wasserversorgungsunternehmen sind
45 für den Zustand und den Erhalt der Infrastruktur verantwortlich. Hierfür notwendige Ausgaben sind
46 grundsätzlich über kostendeckende Beiträge und/oder Gebühren bzw. Entgelte zu finanzieren.



47 Mit der Wassermangelstrategie des Landes sind die zentralen Handlungsfelder beim Umgang mit
48 Wassermangel adressiert. Zentral sind die Erfordernisse zur Verbesserung der Daten- und Informa-
49 tionslage, denn diese stellen die Grundlage aller Konflikt- und Lösungsanalysen und darauf aufbauen-
50 der Entscheidungen dar.

51 Mit den zunehmenden Extremen im Wasserbereich wie Niedrigwasser- und Hochwasserereignissen
52 rückt das Thema Wasser stärker ins gesellschaftliche und politische Bewusstsein. Die Programme wie
53 Wassermangelstrategie, Klimawandel und Wasserversorgung sowie das Projekt Masterplan Wasser-
54 versorgung greifen das Thema auf und geben weitreichende Informationen dazu.

Die verpflichtende Einführung des risikobasierten Ansatzes bei der Wasserversorgung, also Risikobewertung und Risikomanagement, soll einzelfallbezogen Gefährdungspotentiale und notwendige Maßnahmen aufzeigen. Die Gesundheitsämter werden das von den Betreibern der Wasserversorgungen erarbeitete Risikomanagement in die Überwachung einbeziehen, auf die „Schwachstellen“ fokussieren und die Dokumentation überprüfen müssen. Die Aufgaben der Gesundheitsämter werden aufgrund der in der TrinkwV genannten Fristen erst ab 2027/2028 vollumfänglich anfallen.

61 In der TrinkwEGV ist vorgegeben, dass die Risikobewertung der Einzugsgebiete durch die Betreiber
62 der Wasserversorgungsanlagen bis November 2025 durchzuführen ist, das entsprechende Risikoma-
63 nagement durch die Behörden bis Mai 2027. Das Umweltministerium hat Ende 2024 in einem Schrei-
64 ben an die Wasserbehörden die Zuständigkeit und das Vorgehen im Land zum Vollzug der TrinkwEGV
65 zusammenfassend erläutert.

66 (Lit zu Klimakrise und Wasserversorgung: KLIWA 2006, Aufsatz Prof. Reinhardt, Uni Trier 2021 und
67 Vortrag Prof. Haakh von LW und BWV zu Wasserversorgung in S und BW im GRat Stuttgart)

68 **Adressat*innen:**

69 Mitglieder des Bundestags aus Baden-Württemberg,
70 Landtagsabgeordnete aus Baden-Württemberg insbesondere der Umweltausschuss
71 Vorsitzende der Versammlungen Zweckverband Bundeswasserversorgung und Zweckverband
72 Landeswasserversorgung.

73 Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags

74	Abstimmung:	ja	nein	Enthaltung
----	--------------------	----	------	------------



Antrag wurde an den erweiterten Landesvorstand überwiesen.

Antrag Umwelt 4

1 **Antragsteller*innen: Fachbereich Umwelt Naturfreunde Württemberg, erweiterter Landesvorstand**
2 **Antrag: Beteiligung der Bürgerschaft und der kommunalen Gremien an der**
3 **Wärmewende in Baden-Württemberg**

4 Wir fordern die NaturFreunde-Ortsgruppen und die Bezirke sowie die Vertreter in den Parlamenten
5 und Gemeinderäten auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bürgerschaft und alle kommunalen Gremien
6 wirksam beteiligt werden, da die Wärmewende die Bewohner*innen direkt betrifft und nur gelingen
7 kann, wenn Bürgerschaft und alle ihre Vertreter von Anfang an in die Wärmeplanung einbezogen
8 werden.

9 Begründung:

10 Wir sind es in Deutschland nicht gewohnt, uns individuell intensiv mit Energiethemen zu befassen. In
11 einem sich schnell und dauerhaft verändernden Umfeld ist es immer schwierig, wenn Entscheidun-
12 gen, die auf der Basis früherer Annahmen selbstverständlich waren, plötzlich in Frage gestellt werden
13 (Stichwort Heizungshammer, Gasnetzrückzug).

14 Dabei ist das entschiedene und glaubwürdige Konzeptionieren von Maßnahmen zur Stärkung sozialer
15 Gerechtigkeit mehr als die Folgenbewältigung der Veränderung: Sie ist Voraussetzung für ihr Gelin-
16 gen, sie ist Voraussetzung dafür, dass die Veränderung gestaltet wird und nicht durch Katastrophen
17 geschieht.

18 Die Wärmewende gelingt nur, wenn sie früh und deutlich kommuniziert wird und die Bewohner der
19 Stadtbezirke und Ortschaften an der Wärmeplanung von Anfang an beteiligt werden und die Städte
20 und Gemeinden dabei vom Land effektiv unterstützt werden.

21 In Baden-Württemberg sind die gesetzlich vorgeschriebene und die freiwillige Wärmeplanung der
22 Städte und Gemeinden weit vorangeschritten. Viele Fragen sind jedoch noch offen, insbesondere ist
23 es bisher nicht überall gelungen, die Haus- und Wohnungseigentümer und die Mieter in dem für eine
24 erfolgreiche Wärmewende erforderlichen Umfang zu beteiligen.

25 Klimaschutz durch Wärmewende ist bisher keine kommunale Pflichtaufgabe. Dem Landesgesetzgeber
26 ist es durch einen politischen Kompromiss nicht gelungen, die Beteiligung der betroffenen Bürger-
27 schaft an der Wärmeplanung von Anfang an sicherzustellen. Nach § 27 Abs. 3 und 4 des Klimaschutz-
28 und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württembergs (KlimaGBW), ist die Wärmeplanung von
29 den Regierungspräsidien nur auf Plausibilität zu prüfen. Nach Antworten der Landesregierung auf
30 Landtagsanfragen (Drucksache. 17/8067 vom 2.1.2025 und 17/8429 vom 18.3.2025) sind Kriterien
31 für die Plausibilitätsprüfung u.a. die Vollständigkeit der Wärmeplanung durch die Vollständigkeit der
32 verschiedenen Technologien oder dass die vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt ist. So
33 wurden wohl in einigen Städten aufgrund des Zeitdrucks selbst die nach der Gemeindeordnung vor-
34 geschriebene Beteiligung der Bezirksbeiräte und Ortschaftsräte nicht sichergestellt (Landtags-Druck-
35 sache: „keine Kenntnisse“). Auch wurden die Potentiale von erneuerbaren Umweltwärmequellen,
36 z.B. Abwasserwärme der Kläranlagen, Fluss- und Seewasserwärme etc. zwar in Wärmeplänen „adres-
37 siert“, aber die Angaben nicht immer umfassend im Wärmeplan auf plausible Nutzungsmöglichkeiten
38 geprüft.

39 Nach Auskunft der Landesregierung gibt es über die Prüfung der Plausibilität keinen Genehmigungs-
40 bescheid, sondern lediglich ein formloses Schreiben. Es obliegt den Städten, dieses Schreiben der
41 Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

42 Schreiben der Regierungspräsidien über die Ergebnisse der Plausibilitätsprüfungen sind kaum
43 bekannt.



44 Die meisten Städte veröffentlichen die Wirtschaftspläne ihrer Versorgungsunternehmen um die
45 Bürgerschaft über die Fortschritte bei der Transformation der örtlichen Energie- und Wärmeversor-
46 gungen zu informieren. Einzelne Städte mit Holdinggesellschaften nutzen bisher den Wortlaut der Ge-
47 meindehaushaltsverordnung (GemHVO), um die Wirtschaftspläne ihrer als mittelbare Gesellschaften
48 geführten Stadtwerke nicht zu veröffentlichen. Bürger und die nicht dem Aufsichtsrat angehörenden
49 Gemeinderäte können somit nicht prüfen, ob und welche Investitionen in die Strom- und Gasver-
50 sorgung und in die Wärmeversorgung durchgeführt oder geplant werden. Es ist zu begrüßen, dass
51 derzeit eine Klarstellung der GemHVO geprüft wird. Im Hinblick auf die vorgezogenen Klimaziele in
52 einigen Städten ist eine transparente Information der Bürgerschaft und der Gemeinderäte über die in
53 den Wirtschaftsplänen enthaltenen Investitionen insbesondere über die Wärme-, Strom- und Gasver-
54 sorgung erforderlich, auch um Anträge auf Zugang zu Umweltinformationen nach dem Umweltver-
55 waltungsgesetz BW entbehrlich zu machen.

56 **Adressat*innen:**

57 NaturFreunde-Ortsgruppen und NaturFreunde-Bezirke, verbunden mit der Bitte, dass sie die kommu-
58 nalen Politiker*innen auf diese Thematik ansprechen.
59 Landtagsfraktionen

60 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags**

61 <u>Abstimmung:</u>	ja	nein	Enthaltung
------------------------------	-----------	-------------	-------------------



Satzungsänderung 1

Antragssteller*innen: Naturfreundejugend Württemberg,
erweiterter Landesvorstand
Antrag Satzungsänderung: Artikel 5 (neuer Artikel)

Antrag auf Satzungsänderung	Begründung	Empfehlung der Antragskommission
Artikel 5 (neuer Artikel) Finde die FINTAS. Neuer Artikel 5 (alle alten Artikel ab 5 gehen mit 6 weiter): Diversität und Gleichstellung (1) Alle gewählten Gremien der NaturFreunde Württemberg sollen mindestens zur Hälfte von FINTA-Personen besetzt sein. Dasselbe gilt für die Wahl von Vertreter*innen und Delegierten der NaturFreunde Württemberg. (2) Bei allen Publikationen wird gendersensible Sprache verwendet.	“Weiche“ Geschlechterquotierung mit Einbeziehung aller Menschen. FINTA ist die Abkürzung bzw. der Zusammenschluss von Frauen* intergeschlechtlichen*, nichtbinären*, trans- und agender*Personen und meint somit alle Nicht-Männlichen Personen	Die Antragskommission gibt für Ziffer (1) keine Empfehlung ab. Die Kommission sieht Ziffer (2) an dieser Stelle als deplaziert und empfiehlt Ablehnung von Ziffer (2).



Satzungsänderung 2

Antragssteller*innen: Der Landesvorstand schlägt vor die Satzung der NaturFreunde Württemberg, wie folgt zu ändern
Antrag Satzungsänderung: Artikel 14

Von der Satzungsänderung betroffene Artikel der derzeit gültigen Landessatzung	Antrag auf Satzungsänderung	Begründung	Empfehlung der Antragskommission
Artikel 14 6. Die Landeskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens 50% der Stimmberechtigten nach Artikel 14, Abs. 2a und 2b anwesend sind. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern für bestimmte Fälle nicht etwas anderes festgelegt ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist die nächste Landeskonferenz innerhalb der folgenden vier Wochen mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese ist in ihren Beschlüssen an keine Delegierten gebunden.	Artikel 14 (neu) 6. Die Landeskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens 50% der Stimmberechtigten nach Artikel 14, Abs. 3a bis 3c anwesend sind. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern für bestimmte Fälle nicht etwas anderes festgelegt ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist die nächste Landeskonferenz innerhalb der folgenden vier Wochen mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese ist in ihren Beschlüssen an keine Delegierten gebunden.	Bei der Änderung der Satzung auf der letzten Landeskonferenz 2022 in Heilbronn ist im Artikel 14 durch das Einfügen eines neuen Punkts 2. und eines neuen Punkts bei 3. (b)) hat sich die Reihenfolge der Punkte verschoben. Dies wurde jedoch nicht im neuen Punkt 6. berücksichtigt, so dass hier noch auf den alten Punkt 2. im Artikel 14 anstatt auf den Punkt 3. Bezug genommen wurde. Weder auf der Landeskonferenz noch bei der Eintragung ist das aufgefallen. Für eine korrekte Satzung soll sie an dieser Stelle geändert werden.	Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung sowie die Annahme des Antrages



Satzungsänderung 3

Antragssteller*innen: Der Landesjugendvorstand schlägt vor die Satzung der NaturFreunde Württemberg, wie folgt zu ändern
Antrag Satzungsänderung: Artikel 14, Ziff. 3 Landeskonzferenz

Von der Satzungsänderung betroffene Artikel der derzeit gültigen Landessatzung	Antrag auf Satzungsänderung	Begründung	Empfehlung der Antragskommission
Artikel 14, Ziff. 3 Landeskonzferenz b) vier Delegierten der Landeskinder- und Jugendleitung	Artikel 14, Ziff. 3 ersetzen durch b) vier Delegierten der Naturfreundejugend Württemberg	In der Satzung ist der Begriff Landeskinder- und Jugendleitung nicht eingeführt. In Artikel 7 ist hingegen geregelt: „Diese Gruppen sind zusammengefasst in der „Naturfreundejugend Württemberg“ (NFJ). Sie haben das Recht ihre Arbeit eigenständig im Sinne der Satzungsziele zu gestalten und Delegierte zur Landesjugendkonzferenz zu entsenden. [...]“ Daher sind die Delegierten der NFJW zuzuordnen.	Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung sowie die Annahme des Antrages



Die Einführung der „Hybrid-Lösung“ wurde angenommen. Es stimmten 84 Delegierte mit Ja, ein Delegierter mit Nein und sechs Delegierte enthielten sich der Stimme.

Satzungsänderung 4

1 Antragsteller*innen: Landesvorstand NaturFreunde Württemberg

2 Antrag: Satzungsänderung Artikel 16

3 Landesvorstand (LV)

4 entweder als

5 I. „Hybrid-Lösung“

6 1. Der LV besteht aus

- 7 • dem/der Landesvorsitzenden;
- 8 • seinen/ihren bis zu vier Stellvertretern/innen;
- 9 • dem/der Landeskassierer/in, bzw. im Verhinderungsfalle sein/e Stellvertreter/in;
- 10 • dem/der Schriftführer/in;
- 11 • dem/der Öffentlichkeits- u. Pressereferent/in. Sie/er ist zugleich Mitglied der Redaktion der
- 12 Mitgliederzeitschrift des Vereins;
- 13 • den Fachbereichsleitern/innen, bzw. im Verhinderungsfalle ein/e Stellvertreter/in;
- 14 • den zwei Sprecher*innen der NaturFreundejugend im Landesverband oder deren
- 15 Stellvertreter*innen;
- 16 • dem/der Geschäftsführer/in mit beratender Stimme.

17 2. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Landesvorsitzende, die Stellvertreter/ innen und
18 der/die Landeskassierer/in. Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten den Verein
19 gemeinschaftlich gerichtlich und außergerichtlich.

20 [Neuer Punkt]

- 21 3. Die Landeskonferenz kann abweichend von den Regelungen unter 1. und 2. beschließen, dass
22 ein Vorstand gewählt wird, bestehend aus
23 a) dem Vorstand im Sinne des § 26 BGB mit mindestens 3 und höchstens 5 Mitgliedern, von
24 denen eines das Vorstandsmitglied Finanzen ist. Jeweils zwei Mitglieder des Vorstands im
25 Sinne des § 26 BGB vertreten den Verein gemeinschaftliche gerichtlich und außergericht-lich.
26 b) bis zu 3 weiteren Mitgliedern, die den Vorstand nach 1. a) darin unterstützen die ihm in der
27 Satzung zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.
28 c) den Fachbereichsleitern/innen , bzw. im Verhinderungsfalle ein/e Stellvertreter/in;
29 d) den zwei Sprecher*innen der NaturFreundejugend im Landesverband oder deren
30 Stellvetreter*innen;
31 e) dem/der Geschäftsführer/in mit beratender Stimme.

32 [weiter mit altem Punkt 3. als neuem Punkt 4.]

33 5. Der Landesvorstand kann auf elektronischem Weg tagen. Eine Landesvorstandssitzung auf
34 elektronischem Weg ist gegenüber einer präsenten Landesvorstandssitzung nachrangig. Über
35 die Durchführung einer Landesvorstandssitzung auf elektronischem Weg entscheidet der/die
36 Landesvorsitzende bzw. der Vorstand im Sinne des § 26 BGB.

37 oder als

38 II. Gänzlich neue Regelung

39

40 1. Der Landesvorstand besteht aus

- 41 a) dem Vorstand im Sinne des § 26 BGB mit mindestens 3 und höchstens 5 Mitgliedern, von
- 42 denen eines das Vorstandsmitglied Finanzen ist. Jeweils zwei Mitglieder des Vorstands im
- 43 Sinne des § 26 BGB vertreten den Verein gemeinschaftliche gerichtlich und außergerichtlich.



- 44 b) bis zu 3 weiteren Mitgliedern, die den Vorstand nach 1. a) darin unterstützen die ihm in der
 45 Satzung zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.
 46 c) den Fachbereichsleitern/innen , bzw. im Verhinderungsfalle ein/e Stellvertreter/in;
 47 d) den zwei Sprecher*innen der NaturFreundejugend im Landesverband oder deren
 48 Stellvertreter*innen;
 49 e) dem/der Geschäftsführer/in mit beratender Stimme.

50 [alten Punkt 2. streichen und weiter mit altem Punkt 3. als neuem Punkt 2.]

- 51 3. Der Landesvorstand kann auf elektronischem Weg tagen. Eine Landesvorstandssitzung auf
 52 elektronischem Weg ist gegenüber einer präsenten Landesvorstandssitzung nachrangig. Über
 53 die Durchführung einer Landesvorstandssitzung auf elektronischem Weg entscheidet *der*
 54 *Vorstand im Sinne des § 26 BGB.*

55 **Begründung:**

56 Schon viele Verbände und Vereine haben Regelungen in ihren Satzungen eingeführt, die es ermög-
 57 lichen ein Vorstands-Team mit gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern anstatt eines konventio-
 58 nellen Vorstands mit 1. Vorsitzendem/r und Stellvertreter*innen zu bilden. Ziel ist es die Vor-
 59 standsarbeit und auch die damit zusammenhängende Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen. Nun soll
 60 dies auch bei den NaturFreunden Württemberg geschehen.
 61 Will man bei der Bildung des Landesvorstands flexibler sein, bietet sich die Hybrid-Lösung an, die es
 62 erlaubt entweder einen Vorstand nach herkömmlicher Art oder in einer Team-Lösung zu bilden. Dabei
 63 ist aber immer darauf zu achten, dass bei der Wahl allen Delegierten auch klar ist, was für eine Art
 64 Vorstand gewählt werden soll. Das Amtsgericht Stuttgart hat auf Anfrage zurückgemeldet, dass es
 65 dort eine Gefahr für das ordnungsgemäße Zustandekommen eines Vorstands sieht.
 66 Dagegen ganz klar ist eine gänzlich neue Regelung, die nur eine Team-Lösung vorsieht. Das wäre dann
 67 der Abschied von einem herkömmlichen Vorstand.

68 Die Regelungen zur Durchführung einer Sitzung des Landesvorstands auf elektronischem Wege in Art.
 69 16 (Nr. 5 bzw. Nr. 3) müssen dementsprechend angepasst werden (im Antrag kursiv).

70 **Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung und die Annahme des Antrags**

71 **Abstimmung:** ja nein Enthaltung



NaturFreunde Württemberg

Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur e.V.

Neue Straße 150, 70186 Stuttgart

Telefon (0711) 48 10 76, Fax (0711) 4 80 02 16

info@naturfreunde-wuerttemberg.de

www.naturfreunde-wuerttemberg.de